

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10.

Montag, den 13. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Einfluss des Krieges auf die Gewerkschaftsbewegung.

Das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen hat soeben durch den Genossen Vegen einen Aufruf zur Unterstützung der Gewerkschaften in Serbien und Bulgarien erlassen, damit diesen ermöglicht werde, weiter zu bestehen, ihre Gewerkschaftshäuser, ihre Presse zu erhalten und ferner die vom Kriege betroffenen Familien der Mitglieder zu unterstützen. In seiner Begründung des Unterstützungsgesuches weist der Gen. Pawlowitsch-Belgrad darauf hin, daß die Arbeit vieler Jahre verloren sein wird, wenn keine Hilfe kommt. Ungeheure Anforderungen werden gerade jetzt an die Gewerkschaften gestellt, während ihre Einnahmequellen vollständig versiegt sind. Der Genosse Dimitroff, der Sekretär einer bulgarischen Zentrale, berichtet des längeren über die Wirkungen des Krieges. Seine Ausführungen sind für alle Arbeiter lehrreich und seien in Uebersetzung hier wiedergegeben:

Zu meinem großen Bedauern kann ich wegen der strengen Zensur, die sich auch auf die Privatkorrespondenz ausdehnt, meinen Genossen im Ausland nicht mit jenen Details dienen, die nötig wären, um ein völlig klares Bild über unsere Lage zu geben. Deshalb kann ich auch noch nicht über die Folgen schreiben, die der Krieg den kämpfenden Proletariern auf dem Balkan möglicherweise bringt.

Am 30. September wurde die Mobilisierung angeordnet und am 18. Oktober begann der Krieg gegen die Türkei. Wer gedient hatte und noch keine 46 Jahre alt war, mußte sofort ausrücken. Auch jene Rekruten wurden einberufen, die sich sonst erst im nächsten Jahre hätten stellen müssen. Vom männlichen Geschlecht wurden zur Militärdienstleistung nur jene nicht einberufen, die unter 18 Jahren oder zu alt zum arbeiten waren. Die Angestellten der Post, Telegraphen, Telephonanstalten, der Eisenbahnen und einiger Bergwerke wurden militärisiert, damit sie zur Arbeit gezwungen werden könnten.

Seit Beginn der Mobilisierung schon ruht jede Produktion. Nur für die Bedürfnisse der Armee wird noch gearbeitet! Sämtliche Schneider, Schuhmacher, Tischler und Schmiede, die nicht eingezogen sind, sowie auch Arbeiterinnen (!) sind verpflichtet, in den Werkstätten der Armeelieferungskommissionen ohne Bezahlung, nur für die Kost, zu arbeiten. . . In verschiedenen Städten wurden die Lokalitäten der Arbeiterorganisationen ganz einfach in Werkstätten für Militärbehörden, in Magazine und Lazarette umgewandelt.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über Presse und Privatkorrespondenz (!) angeordnet. Alle Versammlungen wurden verboten, unsere Partei- und Gewerkschaftsblätter von der Behörde suspendiert, damit ja nicht die von den Bürgerlichen gemachte „patriotische“ Stimmung getrübt werde. Unter solchen Umständen ist die alte Tätigkeit unserer Gewerkschaften völlig unterbrochen. Sie können ihren Aufgaben um so weniger gerecht werden, als von den 10 000 Mitgliedern der freien Gewerkschaften höchstens 500 — mit Ausnahme der Post- usw. Angestellten — zu Hause geblieben sind und die sind arbeits- und verdienstlos. . .

Den Gewerkschaften fällt jetzt die Aufgabe zu, die Organisierten zu unterstützen sowie jene, deren Männer und Söhne auf das Schlachtfeld gesandt wurden. Unbeschreiblich sind die Verzweiflung, das Elend, in dem unsere Arbeiter und ihre Familien jetzt dahinleben. Dabei wird ihr Los immer härter, sowohl durch die außerordentliche Teuerung aller Lebensmittel, wie auch durch den unerbittlichen Winter. Nur einige Angaben, um darzutun, in welsch unmenschlicher Art man die Arbeiterfamilien plündert, während ihre Ernährer auf dem Schlachtfelde die Geschäfte der Prozentpatrioten besorgen und ihr Blut vergießen müssen: Ein Saß Mehl, der vor der Mobilisierung für 20 Fr. (für 75 Kilo) verkauft wurde, kostet heute 35 und 40 Fr. In gleichem Maße stiegen die Preise aller anderen Bedürfnisse. In einzelnen Gemeindevertretungen ist es durch die Intervention der sozialistischen Mitglieder gelungen, einige Geldunterstützungen für die notleidenden Familien zu erwirken. So wurden in Sofia 50 000, in Warna 50 000, in Plodiv 30 000 Fr. bewilligt. Natürlich sind solche Unterstützungen völlig ungenügend, schon weil der größte Teil davon gar nicht zu jenen gelangt, für welche das Geld bewilligt wurde.

Die Gewerkschaften sind aber gezwungen, jene Mitglieder und Familien von Mitgliedern selbst zu unterstützen, denen die Gemeinde eine Unterstützung verweigerte. Insgesamt besaßen die Gewerkschaften 30 000 Fr.

Das aber war zur Linderung der Not kaum mehr wie ein Tropfen. Ohne Beihilfe der Genossen im Auslande sind wir daher außerstande, unsere Aufgabe weiter zu erfüllen.

Die Notwendigkeit, Geldmittel zu diesen Zwecken zu beschaffen, wird täglich größer, schon darum, weil man auf dem Schlachtfelde Hunderte von solchen Verwundeten aufliest, die Mitglieder unserer Gewerkschaften sind und für die wir etwas tun müssen. Die ärztliche Hilfe, mit der sie bedacht werden, ist absolut ungenügend. Mag der gegenwärtige Krieg enden wie er will, so viel ist jedenfalls sicher, daß unsere Arbeiterbewegung eine außerordentliche Erschütterung erleben und große Opfer bringen muß. In diesen schweren Zeiten und in den über uns kommenden noch schwereren Tagen haben wir nur den einen Trost und die Hoffnung, daß wir auf die mächtige Unterstützung des internationalen Proletariats rechnen dürfen.

G. Dimitroff-Sofia.

Politische Rundschau

Deutschland.

Das Recht der Angestellten.

Seit langen Jahren fordern die Angestellten und Handlungsgehilfen eine einheitliche Regelung des gesamten Angestelltenrechts. Was aber bisher und auch jetzt noch von der Regierung auf diesem Gebiete ausgedacht und vorgelegt wird, ist nur kleine Besserung oder auch Verböserung an der einen oder anderen Stelle. Immerhin würde es schon ein bemerkenswerter Fortschritt sein, wollte man sich dazu entschließen, wenigstens die größten Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Einen sehr gelegenen Anlaß böte gerade die Konkurrenzklausel, über die ein Gesetzentwurf zum Reichstag vorliegt. Für die Erhaltung dieser willkürlichen und schikanösen Einrichtung gibt es kein einziges, auch nur einigermaßen glaubhaftes, volkswirtschaftliches oder soziales Argument. Die Konkurrenzklausel — diese zur Übung gewordene Bestimmung in zahlreichen Verträgen, die dem Angestellten die Beschäftigung in einem Konkurrenzbetriebe innerhalb eines gewissen Raumes und innerhalb einer bestimmten Zeit nach dem etwaigen Austritt aus seinem Vertragsverhältnis bei Vermeidung einer meist sehr empfindlichen Konventionalstrafe verbietet — diese Konkurrenzklausel ist das einfachste und brutalste Mittel für den Unternehmer, sich die Konkurrenz möglichst vom Leibe zu halten. Sie widerspricht allen Anschauungen vom freien Wettbewerb und von der ungehinderten Entwicklung der Persönlichkeit. Um sie auch nur mit einem Schein von Berechtigung zu umgeben, muß man schon zu den abgelegensten Einwänden und Ausflüchten greifen, und etwa von dem notwendigen Schutz der Betriebsgeheimnisse sprechen, der tatsächlich so gut wie garnicht in Frage kommt.

Mit dieser Ausrede behilft sich auch der Regierungsentwurf, der weit entfernt davon, das wirtschaftlich allein Angebrachte und, man möchte sagen: moralisch gebotene Verbot der Konkurrenzklausel auszusprechen, sie ausdrücklich bestehen läßt und allenfalls mit harmlosen Einschränkungen zu versehen vorgibt. Diesen schlechten Eindruck hatte der Staatssekretär des Reichsjustizamts gestern in keiner Weise wegzuwischen vermocht, und die Aufnahme, die seine Vorlage heute bei der Generaldebatte gefunden hat, wird ihm wohl beweisen, daß auf keiner Seite eigentlich Begeisterung für dieses mühselige Ausflücken besteht. Von unserer Fraktion sprach als erster Redner Genosse Siebel, der als Vertreter einer Organisation von Privatbeamten besonders berufen war, einmal den schamlosen Mißbrauch zu kennzeichnen, der mit einer ohnehin mißbräuchlichen Einrichtung getrieben wird, und zum anderen die lendenlahme Anglichkeit der gegenwärtigen Regierungsvorlage zu kennzeichnen und abzulehnen. Als er von mittelalterlicher Barbarei in sehr berechtigter und wahrhaft empfundener Entrüstung über solche Quacksalberei sprach, erhielt er zwar einen Ordnungsruf, aber die Vorlage und das Unrecht, das dauernd begangen wird, werden darum nicht besser.

Sogar der Zentrumsredner Trimborn, ebenso wie späterhin der Pole Dombek und Herr Behrens, mußten sich im Prinzip für das völlige Verbot der Konkurrenzklausel aussprechen, und namentlich der erste unter ihnen fand eine Reihe guter und wirksamer Argumente gegen einzelne Bestimmungen des Entwurfs. Vielleicht hatte der Fortschrittler Weinhausen recht, als er aus der Erklärung des Herrn Trimborn nur eine theoretische Abneigung gegen die Konkurrenzklausel herausgehört haben wollte, und man ist es ja in Angestellten- sowie in Beamtenkreisen gewöhnt, daß die bürgerlichen Parteien außerordentlich liebevoll zu sein vermögen, so lange es sich nur um das Reden

handelt. Das sollte aber für die Parteifreunde des Herrn Weinhausen sicherlich kein Grund sein, ihre eigene Antipathie nicht praktisch zu betätigen. Die Fortschrittler, für die zuerst Herr Weinhausen und späterhin Herr Dr. Waldfeld sprach, trauen sich nämlich ebenso wenig wie die Nationalliberalen für die einzig richtige Maßnahme einzutreten, die von den Angestellten dringend gefordert wird. Ja, es mutet etwas merkwürdig an, wenn diese Herren der Konkurrenzklausel auf solche Weise den Garau machen wollen, daß sie ihren Abschluß an möglichst schwierige und komplizierte Bedingungen knüpfen! Man fragt sich wirklich, warum erst ein solcher Umweg eingeschlagen werden muß? Tatsächlich möchten die Herren den Prinzipalen nicht zu nahe treten, und die nationalliberalen Redner Dr. Thoma und Marquardt haben ja auch, wenngleich etwas verächtlich, von dem notwendigen Schutz der Prinzipalsinteressen gesprochen. Unser Genosse Dr. Quark, der als erster Redner der zweiten Serie noch zu Wort kam, weil ein Schlußantrag nicht die genügende Unterstützung fand, hielt Nationalliberalen und Fortschrittler die peinliche Wahrheit vor, in treffenden Bemerkungen, und in einer boshaften Mahnung an die alten Ideale persönlicher Freiheit, wie sie gerade von den politischen Vorfahren der heutigen Liberalen vertreten worden sind. Viel weniger erfaunlich ist es, daß der Redner der Reichspartei, Herr Dr. War-muth und daß der Konservative Herr v. Beith — auch diese allerdings mit allerhand Auslegungen an der jetzigen Vorlage — im Grunde dieselben Anschauungen verteidigten.

Die Vorlage wurde entsprechend dem sozialdemokratischen Antrag an eine Spezialkommission verwiesen. Nächste Woche soll der Etat des Innern behandelt werden.

Ein dringender Vorschlag zum kommenden Luftschiffengesetz!

Kanonen — stärkere Panzerplatten — noch kräftigere Kanonen — noch stärkere Panzerplatten, es ist die alte Melodie des nach Menschenblut traghenden Militarismus und Marinismus. Wie es mit der Aufrüstung gehen wird, finden wir recht schön in einer hochpatriotischen Zeitung vom 9. Januar 1913 geschildert, die entscheidenden Wägen in der Zukunftsrüstung der Luftschiffe sehen nach dem Fachmann (dies wird ausdrücklich betont) ungefähr so aus:

Im August 1912 gelang es französischen Fliegern in kurzen Flügen mit mehr als 50 Prozent Treffsicherheit aus 800 Meter Höhe bestimmte Bodenflächen im Ausmaße von 140 mal 20 Meter — Luftschiffhallen — mit Bomben zu treffen.

Die deutschen wichtigsten Luftschiffhallen — Zeppelin-Friedrichshafen, in den Reichslanden, dem Mittelrhein usw. — sind von den nächsten feindlichen Fliegerstationen 50—200 Kilometer entfernt. Was hindert also die Franzosen bei Ausbruch eines Krieges, eine größere Anzahl Flieger mit dem Auftrage abzuschießen, die Luftschiffhallen und die Friedrichshafener Werk zu bombardieren? So fragt der Fachmann! Er fragt dann weiter:

„Wie hoch also ist der Wert der schönsten Zeppelinflotte zu veranschlagen, wenn eine einzige Bombe aus einem Flugzeuge geworfen, das leichte Weißblechdach der Luftschiffhalle durchschlagend, den in ihr befindlichen Luftschiffkreuzer dann unfehlbar vernichten muß? Das Ergebnis unserer Betrachtung kann nur sein, unsere Zeppeline und auch die übrigen Luftschiffe gleichen wehrlosen Riesen, solange sie in der Halle liegen.“

Die ganze Zeppelinrüstung ist also Unsinn! Und was sagt der Fachmann weiter? Er schlägt einmal gepanzerte Luftschiffhallen vor, die bieten ihm aber nicht genügend Schutz, er ist der Meinung, daß Frankreich schon jetzt eifrig mit immer schwereren Bomben übt. Die nächste Konsequenz wäre dann wieder noch stärkerer Panzer. — Der Fachmann schlägt Untergrundhäfen für die Luftschiffe vor. Hier soll der Eisenbeton, in Riefenschichten aufgetragen, die Bombensicherheit gewährleisten. Ja, und wenn nun die Gegner wieder Bomben fabrizieren, die auch hier durchschlagen? Dann kommen wieder noch stärkere Decken aus Eisenbeton und Stahl.

Und wo schreibt der Fachmann, der den ganzen Militarismus und den Luftwahn an der Hand der Tatsachen so gut abzuführen versteht — es ist ja nicht anzunehmen, daß normale Menschen den Völkern und Völkswohlfahrt umbringenden gegenseitigen Ueber-rüstungswahnsinn als etwas Notwendiges oder Vernünftiges betrachten — dieser Fachmann schreibt in der — „Deutschen Tageszeitung“!

Also: der neueste Luftwahn verlangt gepanzerte und unterirdische Luftschiffhallen. Dies wird zwar

ungeheuerlich teuer, aber was schadet das, morgen gibt es ja doch Bomben, die das stärkste Dach zerschlagen!"

Rüsten, rüsten, rüsten — im Namen Gottes, im Namen des Friedens, im Namen der Humanität, im Namen des gefunden Menschenverstandes, im Namen der Kultur — sind wir wirklich schon aus der Barbarei heraus?

Zu der Lenkungs-Kommission des Reichstages

Kam es am Sonnabendmorgen vor der Abstimmung noch zu einigen Nachgesprächen, in denen unsere Genossen Würm und Schmitt-München nochmals wirkungsvoll für die Herbeischaffung billiger Fleischkost durch weitere Ermächtigung an die Gemeinden eintraten. Schmitt stellte auf Grund seiner Kenntnisse aus der Münchener Stadterwaltung namentlich die agrarischen Behauptungen des Abgeordneten Maginger richtig. Der Zentrumsabgeordnete Herold markierte recht klar und deutlich, offenbar nicht gerade zur großen Freude des „Arbeitervertreter“ Giesberts, die Zollwucherfreundschaft des Zentrums. Er will am Zolltarif nicht gerüttelt haben; wenn die Städte Fleisch verkaufen wollen, sollen sie zollgeschütztes deutsches kaufen. Auf den Wunsch eines sozialdem. Kommissionsmitgliedes teilte ein Regierungsvertreter mit, daß die Erlaubnis zur Einführung russischen Fleisches bis längstens 1. April 1913 etwa 35 preussischen Städten gestattet worden sei. Die Entscheidung über die Anträge auf Verlängerung dieser Erlaubnis werde so zeitig getroffen, daß die Vorarbeiten der Städte nicht zu spät kommen. Dann kam es zur Abstimmung. Alle sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt, selbst der vom Genossen Hoch-Hanau einleuchtend begründete bescheidene Antrag, auch kleineren Gemeinden die alten Vergünstigungen, nicht etwa erweiterte, zugänglich zu machen, fand keine Gnade vor den Augen der Zollwuchermehrheit. Die Freisinnigen stimmten nicht einmal für unseren Hauptantrag betr. Zulassung des Getreidefleisches. Natürlich stimmten unsere Genossen nach Ablehnung unserer Vorschläge für die freisinnigen Anträge, und nach Ablehnung dieser, für die Regierungsvorlage, mit der lediglich die Genehmigung zu den völlig unzureichenden Maßnahmen für die Großstädte bis 31. März 1914 ausgesprochen wird.

Zum Entwurf eines Reichstheatergesetzes.

Bei den bisherigen Beratungen und Vernehmungen der Sachverständigen soll in allen wesentlichen Punkten eine Übereinstimmung erzielt worden sein. Nachdem noch die Artisten und Musiker vernommen sein werden, soll dann mit Beschleunigung an dem Entwurf gearbeitet werden, so daß dieser möglichst noch in dieser Tagung dem Bundesrat und Reichstage zugehen kann.

Zur Lage der Landarbeiter in Westfalen

Beitrag die unabhängige katholische „Westfälische Rundschau“ in Warendorf (Nr. 5 vom 9. Januar) einen Beitrag. Sie teilt mit, daß auf dem adeligen Gute Harkotten bei Fuchtorf im Münsterlande das gesamte Personal gekündigt hat. Kein Surstche und kein Mädchen in der Fuchtorfer Gegend lasse sich noch bereit finden, auf dem Schlosse Harkotten Dienste anzunehmen, was nicht nur an schlechten Kostverhältnissen liegt, sondern auch die Schlafräume der Diensthilfen spielen dabei eine Rolle. Daran knüpft das Blatt Betrachtungen, denen wir folgendes entnehmen: „Die Bekämpfung des Dienstpersonals auf den Adelsbesitzern ist fast allenthalben minderwertiger als auf den Bauernhöfen. Das ist auch in Westfalen so. Auch auf dem Gute Harkotten hat das Gesinde von jeher darüber geklagt, daß das Essen wenig reichlich ist, namentlich aber geringere Abwechslung bietet, als es heutigen Tages auch in kleinen ländlichen Haushaltungen üblich ist. Specksuppe, Speck und immer wieder Speck, das wird auf die Dauer auch der anspruchslosesten „Stalljungfer“ und dem genügsamsten Ackerknecht zum Überdruß. Der Adel ist eben erkräftigt und konservativ in jeder Hinsicht, den „Kahleeren“ kommt es infolge der egozentrischen Denk- und Lebensweise gar nicht zum Bewußtsein, daß die Zeiten sich geändert haben. Man braucht dabei keineswegs persönliche Hartnäckigkeit oder bösen Willen und dergleichen voraussetzen, nein, die Annahme ist vielmehr das Ergebnis wahrer Traditionen, das Erbübel des Adels, wie umgekehrt die manchmal noch anzutreffende Unterwürfigkeit des Bauernstandes durch die frühere Leibeigenschaft und überhaupt durch den Leidensweg bedingt ist, den die Bauern unter der Fuchtel des Adels durch die Jahrhunderte hindurch haben gehen müssen. Selbsthüt und Überhebung sind die Kennzeichen der ganzen Junkerrieihe.“

Dann geht es weiter, daß die Junker garnicht merken, daß die alte Herrlichkeit dem Untergang zutreibt. Sie zehren noch vom alten Fett als Nutznießer dieser althergebrachten Versorgung durch das junkerliche organisierte und regierte Preußen, den rückschrittlichen und unmodernen aller europäischen Staaten. Bereits hat jedoch die Hochfinanz den Adel übertrumpft: Der „Hamburger Tage“ Botschafter sogar beim Kaiser nicht weniger als der Herr von Stradowitz mit ungezählten Ahaen. Und die gesamte soziale und gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich unaufhaltsam in dieser Richtung.“

Das Blatt geht dann auf die Fuchtorfer Verhältnisse noch näher ein und freut sich, daß sich die Einwohnerzahl vom Adel fast vollständig unabhängig gemacht hat, „dem lediglich ihre intimen Beziehungen zu höheren Verwaltungsbehörden selbst noch heute einen ungebührlichen Bestand aber auch glücklicherweise im Schwimmben begründeten Einkünfte haben.“

Man kann sich vorstellen, daß die Zentrumspreffe diesem päpstlich gesegneten Blatt wenig hold ist, das offen die Fahne der Empörung gegen die zentralistischen Junker emporhält.

Die Vorkundgebung der Nationalliberalen Partei.

Der Zentrumsabgeordnete der Nationalliberalen Partei war am 4. Februar in Berlin eine Sitzung abgehalten, zu

der jetzt folgende Tagesordnung festgesetzt worden ist: 1. Auswärtige Politik und Landesverteidigung. Kosten- deckung. Referent: Abg. B a s s e r m a n n. 2. Fleisch- versorgung und innere Kolonisation. Referent: Abg. S c h i f f e r - M a g d e b u r g. 3. Erstattung des Jahresberichts 1912. Aussprache.

Das Ergebnis der Wahlen zu der Angestellten- versicherung.

Der fortschrittliche Abg. Weinhäuser erhebt in Form einer kleinen Anfrage den Reichskanzler um Auskunft darüber, welches Ergebnis die Wahlen zur Angestelltenversicherung gehabt haben und zwar wird verlangt, zu wissen, in wieviel Kreisen die Vertrauens- und Ersatzmänner von der Behörde ernannt werden mußten, in wieviel Kreisen nur eine einzige Liste eingereicht wurde, in wieviel Kreisen Wahlen zustande gekommen sind, wieviel Stimmen insgesamt abgegeben wurden. Weiter wird angefragt, ob und wann eine amtliche Bekanntgabe des Ergebnisses in Form eines vollständigen Adressenverzeichnisses der gewählten Vertrauens- und Ersatzmänner zu erwarten ist.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Sonnabend die erste Lesung des Etats. Aus der Rede des Abgeordneten Winkler (K.) ist einzig und allein die Erklärung erwähnenswert, daß seine Freunde in der Frage der Weitererhebung der Steuerzuschläge sich die Freiheit der Entscheidung vorbehalten. Hiernach scheint es, als ob die Bemühungen des Finanzministers, ein Kompromiß mit den Konservativen zustande zu bringen, bisher resultatlos geblieben sind. — Abg. Graf Braschma vom Zentrum widmete seine sogenannte Etatsrede hauptsächlich einer Verherrlichung der Jesuiten: Er sang ein Loblied auf die Moral der Jesuiten, die die Moral der katholischen Kirche sei, und führte den bürgerlichen Parteien vor Augen, daß sie schon aus dem Grunde für die Aufhebung des Jesuitengesetzes sein müßten, weil die Jesuiten die geeignetsten Leute seien, um alle Parteien im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenzuführen. Von den wichtigsten Fragen, die das Volk bewegen, insbesondere von der Wahlrechtsfrage, sagte er kein Wort; und ebensowenig äußerte er sich über die Gleichnot, unter der das Volk zu leiden hat. — Auch der Führer der Nationalliberalen, Abg. Dr. Friedberg beschäftigte sich, nachdem ihm Graf Braschma die Veranlassung dazu gegeben hatte, in sehr ausführlicher Weise mit der Jesuitenfrage. In Bezug auf das Wahlrecht forderte er sofort bei Beginn der neuen Legislaturperiode die Einbringung einer neuen Vorlage; er machte aber die Regierung scharf, daß sie nicht zu radikal vorgehen, sondern eine möglichst gemäßigtere Reform anstreben möge. Mit allem Nachdruck erklärte er sich gegen jede Abschwächung oder Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. So zeichnete sich denn die Rede des Nationalliberalen wieder einmal durch reaktionäre Gesinnung auf der ganzen Linie aus.

Vom Regierungssitze kamen zwei Vertreter zum Wort: der Kultusminister, der die Erklärung abgab, daß das Jesuitengesetz nach wie vor zurückhaltend gehandhabt werden würde, und der Handelsminister, der eine Darstellung der Bewegung im Saarrevier gab. Die Vorgänge selbst sind bekannt. Wenn der Minister auch nicht das geringste Entgegenkommen gegen die Bergarbeiter zeigte, so ist doch die Kritik hervorzuheben, die er den Führern der christlichen Bewegung zu teil werden ließ. Nicht mit Unrecht schilderte er die jämmerliche Haltung dieser Herren, und wenn irgend etwas, so sind die Ausführungen des Ministers geeignet, den Bergarbeitern die Augen darüber zu öffnen, daß sie von den christlichen Führern nichts zu erwarten haben.

Klerikale Schulforderungen.

Im Großherzogtum Hessen herrscht die Simultanschule. Das ziemlich liberale Schulgesetz vom Jahre 1872 macht die Neugründung von Konfessionsschulen unzulässig und läßt auch die wenigen vorhandenen konfessionellen Schulen auf den Aussterbe-Etat. Nunmehr hat die Regierung eine Reform des Schulgesetzes angekündigt und flugs stellen sich die Ultramontanen mit ihren Schulforderungen ein. Der „Katholische Lehrerverein“, dem auch fast alle katholischen Geistlichen angehören, hat an die Regierung eine Denkschrift gerichtet, in der die klerikalen Forderungen formuliert sind. Um der drohenden „Entchristlichung der Massen“ wirksam entgegenarbeiten zu können, wird „grundtätig die Konfessionsschule gefordert“.

Die Begründung arbeitet, um die erforderliche Angestimmung zu erzielen, mit „Klassenkampf“ und „Revolution“. Es heißt darin:

„Der Geist der Unbotmäßigkeit bei der heutigen Jugend, den der laue und gleichgültige religiöse Sinn so vieler Eltern nicht mehr zu bannen vermag, entspringt immer mehr und bereitet dem verheerenden Klassenkampf einen günstigen Boden für seine Umsturzbewegungen gegen göttliche Autorität. Viele wollen nicht mehr an die kulturbringende, sittenverehende Macht des Evangeliums glauben und fordern die religionslose Schule oder mindestens den konfessionellen Religionsunterricht. Angesichts dieser bedauernden Erscheinung und erichrecht durch die geschichtliche Tatsache, daß durchweg jede Revolution aus der Gottlosigkeit der Nation geboren wurde, halten wir mit dem christgläubigen Volke die Frage der Konfessionalität des Religionsunterrichts und auch der Schule besonders wichtig und zeitgemäß.“

Die ultramontane Denkschrift fordert dann, nachdem sie auf diese Weise die nötige Stimmung geschaffen, weiter Einräumung des Religionsunterrichts für die Fortbildungsschulen und für die Simultanschule (oweit man sie überhaupt bestehen lassen will), die Beteiligung der Kirche an der Schulaufsicht durch je einen evangelischen und katholischen Geistlichen, der von der Pfarrgeistlichkeit des Kreises zu wählen ist. Für die Beaufsichtigung des Religionsunterrichts soll nur die Kirche zuständig sein.

Es mag abgewartet werden, wie diese ultramontanen Schulwünsche auf die mit dem Zentrum zu einer reaktionären „Arbeitsgemeinschaft“ verbundenen Bauernbündler und Nationalliberalen wirken werden. Auf dem vorletzten

Katholikentage jagte der Reichstagsabgeordnete Dr. Marx, es bestünde Aussicht, daß es auch in Hessen „besser“ werde. Die Zeit dieser Besserung scheint dem Zentrum jetzt gekommen zu sein.

Ein schwarz-blaues Landtagspräsidium in Württemberg.

Dem am Freitag gewählten konservativen Kammerpräsidenten ist am Sonnabend als erster Vizepräsident der Zentrumsabgeordnete v. K i e n e, als zweiter Vizepräsident der konservativen Abgeordnete Freiherr v. P e r g l a s angegliedert worden. Das Präsidium trägt also vollkommen schwarz-blaues Gepräge. Die Wahl des ersten Vizepräsidenten bereitete Schwierigkeiten; es waren drei Wahlgänge nötig, in denen sich jedesmal Stimmengleichheit zwischen dem von den Nationalliberalen und den Sozialdemokraten unterstützten Kandidaten der Volkspartei und dem von den Konservativen unterstützten Kandidaten des Zentrums ergab. Das Los entschied zu Gunsten des Zentrums. Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten beteiligte sich die Sozialdemokratie nicht mehr, sie gab weiße Zettel ab. Die Volkspartei verzichtete nun auf eine Vertretung im Präsidium und unterstützte den von den Nationalliberalen vorgeschlagenen Abgeordneten v. S i e b e r. Das Zentrum aber nahm Anstand an den engen Beziehungen Hiebers zum Evangelischen Bund und verlangte, daß die Nationalliberalen den Eßlinger Oberbürgermeister vom Mühlberger vorschlagen sollten. Nach den vielen Demütigungen, die ihnen zuteil geworden, stürzte bei den Nationalliberalen ein kleiner Funke Stolz auf, sie hielten an Hieber fest. Hieraus stimmten das Zentrum und die Mehrheit der Konservativen für den konservativen Kandidaten, der mit 37 gegen 33 Stimmen, die auf Hieber fielen, gewählt wurde. — Die Nationalliberalen haben also nicht den kleinsten Lohn für ihre der Rechten erwiesenen Dienste erhalten, vielmehr nur den verdienstlichen Spott und Hohn geerntet. Die Befegung der Schriftführerposten und der Sitze in den Kommissionen erfolgt genau nach den zahlenmäßigen Ansprüchen der Fraktionen.

Kein reichsgesetzliches Schächtverbot.

Auf die Anfrage des Antisemiten Dr. W e r n e r (Gießen), ob die Reichsregierung beabsichtige, das Schächten reichsgesetzlich zu verbieten, hat das Reichsjustizamt geantwortet: „Dem Erlasse reichsgesetzlicher Vorschriften über das betäubungslose Töten der Schlachttiere, insbesondere einem reichsgesetzlichen Verbote des Schächtens, stehen grundsätzliche Bedenken entgegen, weil es sich hierbei um Fragen handelt, deren Regelung zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehört. Den gleichen grundsätzlichen Standpunkt hat die Reichsleitung im Jahre 1911 bei Beratung der Novelle zum Strafgesetzbuch gegenüber Anträgen eingenommen, die im Gegensatz zu dem Ziele der vorliegenden Anfrage landesrechtliche Beschränkung des Schächtens für unzulässig erklären wollten. Danach wird nicht beabsichtigt, ein reichsgesetzliches Verbot des Schächtens in die Wege zu leiten.“

Frankreich.

Der Exzozialist Millerand hat seinen Ministerposten niedergelegt. Der Grund liegt in Differenzen mit seinen Kollegen, ohne deren Wissen er einen abgelehnten Offizier wieder in sein Amt einsetzte. Zu seinem Nachfolger ist der bisherige Kolonialminister Lebrou ernannt worden. — Millerands Herrlichkeit hat nicht lange gedauert; ein Jahr lang hat er den Ministerfessel gedrückt.

Balkan.

Der türkische Ministerrat beschloß, eine große Nationalversammlung einzuberufen, um über den Krieg endgültig Beschluß zu fassen. An der Versammlung werden alle höheren Würdenträger, die Geistlichen, die Vertreter der Behörden, die Generalkonsuln und die Senatoren teilnehmen. Wie im Jahre 1878, wird diese Versammlung nach der Demarche der Großmächte im Palais zusammenberufen werden. Die Regierung wird die Entstehung und den Verlauf des Krieges auseinandersetzen und den Rat der Nationalversammlung für die Politik der Regierung verlangen.

Der Kampf um Stutari. Amtlich wird gemeldet: Die Türken auf dem Tarabosch griffen am Freitag die Vorposten der Südarmerie an, wurden jedoch zurückgeschlagen. Das Gewehrfeuer und die Kanonade dauerte drei Stunden ohne Schaden für die Montenegriner. Die Lage Stutaris ist verzweifelt. Täglich kommen Flüchtlinge an und erzählen, daß der Zustand der Stadt besonders für die Einwohner unerträglich sei.

Für Montag steht die Heberzeugung der gemeinsamen Note der Mächte in Konstantinopel in Aussicht. Sie wird die Heberzeugung ausdrücken, daß ein weiterer Widerstand der Porte gegen die Hauptforderungen der Balkanmächte nicht im türkischen Interesse liegt und daß insbesondere Adrianopel abgetreten werden müsse, um den abzuschließenden Frieden zu einem dauernden zu machen.

Sind also die Mächte über die Frage der Abtretung von Adrianopel einig, so scheint dies in anderen Fragen nicht der Fall zu sein. Von den Negativen Inseln ist in der Note nicht die Rede und man darf annehmen, daß hier ein Gegensatz zwischen den Mächten der Tripelentente und des Dreibundes besteht. Während Frankreich für die Abtretung aller Inseln an Griechenland eintritt, schlägt Italien vor, daß Griechenland die Inseln räumen solle. Diese würden dann eine von den Großmächten festgesetzte Autonomie unter der Souveränität der Türkei erhalten. Es sollen danach nicht nur die der kleinasiatischen Küste unmittelbar vorgelagerten Inseln Mytilene, Chios, Rhodos, und Kos, sondern auch die am Dardanelleingang gelegenen Somothrate, Imbros, Tenedos und Lemnos der Türkei verbleiben. Der italienische Vorschlag ist offenbar von der Absicht diktiert, die künftige griechische Seegeltung möglichst einzufranken; in manchen Kreisen wird auch der Verdacht laut, daß Italien selbst die eine oder die andere Insel behalten möchte.

Zu diesem Gegensatz kommt dann noch der durch das Borgehen Rumänien geschaffene. Rumänien sucht die kritische Situation zu benutzen, um seine „Kompensationen“ in Sicherheit zu bringen, mit anderen Worten

Balkan einen Gebietsstreifen mit der wichtigen Donaufestung Cistria abzunehmen. Es droht, falls Bulgarien nicht nachgibt, einfach das kritische Gebiet zu besetzen. Dieses rumänische Vorgehen wird von Rußland, aber auch von Frankreich und England verurteilt, während Oesterreich und Deutschland die rumänische Forderung begünstigen. Der rumänische Ackerbauminister ist in Konstantinopel und es ist wahrscheinlich, daß er dort über ein gemeinsames Vorgehen mit der Türkei unterhandelt, falls Bulgarien in seinem Widerstand beharrt.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Türkei den interessierten Mächten mit wenig Respekt begegnet und schon jetzt erklärt, daß ihr Schritt erfolglos bleiben, Adrianopel nicht werde abgetreten werden. Was aber dann? Denn falls wirklich das Eingreifen der Mächte vergeblich wäre, würde die Situation außerordentlich kritisch. Und wird die Einigkeit der Mächte eine solche Krise überdauern.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, 13. Januar.

Zug von Maschinen und Heizern nach den Fischdampfern der Unterweserorte Bremerhaven, Geestemünde und Norddehn ist nach wie vor ferngehalten! Da die Reeder ihre altemährten Leute, die sie seit vier Wochen ausgesperrt haben, jetzt auf telegraphischem Wege auffordern, wiederzukommen, sei darauf hingewiesen, daß die Reeder hierdurch den Anschein erwecken wollen, als ob die Bewegung erledigt sei. Sogar von dem Arbeitsnachweis der Hamburger Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Maschinen- und Heizer verlangten die Reedereien der Unterweser am heutigen Tage Maschinen- und Heizer für ihre Fischdampfer! Die Fischdampfer-Reeder der Unterweser scheinen sich durch ihre brutale Aussperrung selbst in eine recht unangenehme Situation gebracht zu haben, wenn sie sich schon an die betroffene Organisation selbst um Arbeitskräfte wenden. Daher nochmals: Haltet den Zug zusammen!

Die Wahlrechtsfrage und das Lübecker Amtsblatt. Es ist nicht das erste Mal, daß die Lübecker Anzeigen sich mit Wahlrechtsfragen beschäftigen. Als i. Jt. die herrschenden Klassen Lübeds die Absicht zeigten, ein neues Bürgerrechtswahlrecht zu schaffen, das die Besitzenden in unerhörter Weise bevorzugen, die minderbemittelten werktätigen Volksschichten jedoch in ebenso unerhörter Weise entrechtete, da war es unser Amtsblatt, welches die Wahlrechtsfrage zu vertreten hatte. Damals galt als maßgebend der Grundsatz, daß derjenige, der mehr als 2000 Mark Einkommen versteuert, infolge seiner Steuerleistung zehnmal mehr Rechte haben müßte, als ein Bürger mit einem geringeren Einkommen. Einem Bordellwirt, der aus seinem traurigen Gewerbe große Summen zieht, gebührt kein nach einer höheren Einfluß auf die Verwaltung unseres Staatswesens und ein größeres Maß von Recht als einem ehrlich schaffenden Arbeiter. Der Gesichtspunkt, daß nach Maßgabe seiner politischen Einsicht auch das Recht eines Bürgers bemessen werden sollte, ist von den Lübecker Anzeigen damals niemals geltend gemacht worden. Damit würde man nämlich die Entrechtung der Arbeiter schwerlich begründen können, da an politischer Einsicht die aufgeklärten Arbeiter hinter den sogenannten gebildeten Kreisen gewiß nicht zurückstehen. Merkwürdig ist es nun, wie unser Amtsblatt, das gegenwärtig wieder einmal keine politische Redaktion besitzt, sich mit der preußischen Wahlrechtsfrage befaßt. Es druckt am Sonnabend folgenden ab:

Schädißlich bedenklich wäre es, das Reichstagswahlrecht direkt auf Preußen zu übertragen. Praktische, parteipolitische Erwägungen brauchen gar nicht herangezogen zu werden, um einzusehen, daß ein auf die reine Quantität gestelltes Wahlrecht niemals den Volkswillen wiedergibt, sondern nur ein auf der Qualität des Wählers basierendes. Nur die Sozialdemokratie, die bei der Quantität gewinnt, bei der Qualität verliert, kann deshalb rückhaltlos für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen eintreten, selbst im Linksliberalismus finden sich Stimmen, die sich dagegen erheben. Ein Alphabet und ein Professor der Staatswissenschaften, ein gewiß sehr ehrenwerter Schnitzelverkäufer und ein Großkaufmann haben — das sieht jedes Kind — doch verschiedene Qualitäten in der Beurteilung politischer Fragen. Es ist ja auch der Sozialdemokratie trotz des roten Preußentages gar nicht ernst. Für sie ist das „elendste aller Wahlrechte“ eines der wunderbarsten Agitationsmittel! — Es wäre ja nur schade, wenn es nicht mehr existierte, darum sind auch die Beschlüsse, die sie faßt, recht zweideutiger Natur. Die Bedingungen, die sie selbst dem Linksliberalismus stellt, sind derartig, daß sie auf Herkulesem Boden hätten wachsen können, wie ja überhaupt Zentrum und Sozialdemokratie sich die Hand reichen können in der starren Verfolgung eines — Dogma, dem sie in blindem Fanatismus ergeben sind. Agitation, nicht Politik, das ist schließlich das Hauptelement der überwieghenden Mehrzahl der roten „Politiker“. Wären sie Politiker, so müßten sie einsehen, daß man Festungsmauern nicht einnimmt, indem man mit den Köpfen dagegenrennt. Von den liberalen Politikern, die einem ähnlichen Ziele zusteuern, werden kurzfristige Erklärungen verlangt, die schon allein allen Grundbegriffen politischer Taktik Hohn sprechen. So dürfte dank dem unlagbar „flugen“ Verhalten des „roten Preußentages“ die preußische Wahlrechtsbewegung verlaufen wie das Hornberger Schießen. Vielleicht werden wieder Kravalle kommen und Straßendemonstrationen, die Volkseule wird am Blau montag „kochen“, aber Politik — nein — das kann man von der Sozialdemokratie nicht verlangen!

Ja, „Politik“ kann man nur von den Nationalliberalen verlangen, die selbst nicht wissen, was sie wollen. Aber eine derartige „Politik“ findet bei den breiten Volksschichten erfreulicherweise keinen Boden. Gerade diese Tatsache beweist schon, daß die Qualität der Wähler, die nicht mit den Nationalliberalen an einem Strange ziehen, höher zu bemerten ist, als diejenige der Schaupolitiker, mögen sie nun weltfremde Professoren oder gar reaktionäre Großkaufleute sein. Was von den Lübecker Anzeigen über die Stellung des Preußentages und der Sozialdemokratie überhaupt zur Wahlrechtsfrage gesagt wird, ist so lächerlich, daß es keiner Erwiderung bedarf. Und wenn mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen wird, daß auch Linksliberale gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sind, so ist durch eine solche Behauptung nur der Liberalismus kompromittiert werden. Jedenfalls zeigt die ganze amtshäufige Auslassung, daß die Nationalliberalen Gegner des jetzigen Reichstagswahlrechts sind. Sonst hätte das Gedächtnis der Qualität und Quantität keinen Sinn. Vielleicht wird die Lübecker Anzeigen auch über den Inhalt des Reichstagswahlrechts etwas zu sagen, was gar nicht weiter zu

verbüßern wäre, da sie sich vermutlich zu den Vertretern der „Qualitätspolitik“ zählen. In diesem Falle wäre ihnen die Befolgung ihrer verwaisten „Chefredaktion“ im eigenen Interesse nur zu empfehlen.

Das neue Kinderhospital, das mit einem Kostenaufwande von 222 500 Mark — inklusive Inventarbeschaffung — errichtet worden ist, wird demnächst seiner Bestimmung übergeben. Gestern mittag war die Bürgererschaft, der Senat und die Presse zu einer Besichtigung des von Herrn Architekt Kretschdorff geschaffenen Gebäudes eingeladen worden. Schon von außen macht der Bau einen sehr schmunzigen Eindruck. Alle Innenräume, besonders die für die Kranken bestimmten, sind zwar frei von Luxus, aber sehr freundlich und anheimelnd gestaltet. Die Einrichtung ist einfach, praktisch und zweckentsprechend. Ein großer Garten schließt sich an das Hospital an. Licht, Luft und Sonne finden in reichem Maße Eingang in die Krankenzimmer. Auch für Säuglinge ist in bester Weise gesorgt. Für die Säuglingsfürsorge sind besondere Räume vorgesehen. Fast alle Arbeiten am Bau sind von hiesigen Gewerbetreibenden ausgeführt worden. — Mit der Inbetriebnahme des neuen Kinderhospitals tritt ein neuer Kostgehalt in Kraft, dessen Sätze zum Teil wesentlich höher als die bisherigen sind. Den Ärzten ist gestattet, von den Kranken der ersten Klasse für Operationen usw. ein angemessenes Honorar zu fordern, in den Verpflegungssätzen der zweiten Klasse sind die Honorare der Anstaltsärzte sowie Medikamente und Verbandmaterial eingeschlossen. Auswärtige der zweiten Klasse haben die Selbstkosten des Verbandsmaterials, sowie besonders kostspielige Heilmittel zu erstatten.

Künstlerpersonalien. Fräulein Lilly Janzen, unsere sehr beliebte Opernsoubrette, ist nach einem erfolgreichen Gastspiel für das Stadttheater in Hamburg verpflichtet worden. — Auch Herr M. Schner, unser trefflicher Bassbuffo, hat am Sonnabend am Hamburger Stadttheater einen bedeutenden Erfolg erzielt. Der „S. Corr.“ schreibt darüber: Herr M. Schner zeigte in der scheinbar so anspruchslosen Partie des Bartolo in „Figaros Hochzeit“, daß er ihren in Wirklichkeit recht anspruchsvollen Forderungen nach jeder Richtung gewachsen ist. Er bringt jene natürliche Komik mit, die nicht aufzutreiben braucht, um ihrer Wirkungen sicher zu sein — er bringt eine unverbrauchte, ferne Stimme mit, die er mit gutem Geschmack zu behandeln weiß, die er — ein echter Buffo — doch nicht schönsängerisch mißbraucht. Alles in allem ein Bassbuffo wie er sein soll und muß.

Handelsregister. Am 10. Januar 1913 ist eingetragen: 1. die Firma Gebrüder H. Nowaldt, Lübeck. Offene Handelsgesellschaft. Persönlich haftende Gesellschafter sind: A. Nowaldt, Ingenieur, Lübeck, G. Nowaldt, Ingenieur, Berlin-Wilmersdorf. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1913 begonnen. Der Gesellschafter G. Nowaldt ist von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen; 2. bei der Firma Ernst Puls: Die Firma ist erloschen.

pb. Diebstähle. In der verflochtenen Woche sind aus einem auf dem Gelände am Steinradweg gelegenen Gartenhause gestohlen: 1 Petroleumkocher Marke „Primus“, 1 Jacke, 1 Mütze und 1 Schlafdecke. — Am Freitag, dem 10. d. M., nachmittags, ist vom Fluß eines am Geibelplatz gelegenen Hauses ein schwarzer Winterüberzieher mit Sammetragen und dunklem Futter abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. — Am 12. d. M., gegen 11 1/2 Uhr vormittags, ist aus einem Hause hinter St. Petri, vermutlich von einem Bettler, ein Rasiermesser mit schwarzer Schale gestohlen worden. Der vermutliche Dieb ist etwa 40 Jahre alt, 1,70 Meter groß, hatte blaße Gesichtsfarbe, langen blonden Schnurrbart und war bekleidet mit grauem Jackett, weiß und blau gestreifter Bluse und Mütze. Auf der Messerschale war der Name „Diederichs“ eingraviert. — Aus einem Hause der Beckergrube hat sich ein Dieb folgende Sachen angeeignet: 1 blaues Jackett, 1 Paar lilafarbene Hosenträger, 1 goldener Ring mit dunklem Stein, auf dem sich ein Frauenkopf befindet, und eine Haarröhre, die an den Enden und in der Mitte mit Goldbeschlägen versehen war. Auf dem mittleren Beschlag der Uhrkette befindet sich die Gravierung „P. R.“.

pb. Verhafteter Betrüger. Festgenommen wurde ein vielfach wegen Betruges, darunter auch mit Zuchthaus, vorbestrafter hiesiger Zigarrenreisender, weil er sich wieder denselben Vergehens schuldig gemacht hat.

pb. Unfug? In der Nacht vom 9./10. d. M. ist vor einem Hause der Königsstraße ein Ascheimer abhanden gekommen und vermutlich von unfugtreibenden Personen verschleppt worden.

„Der guttische Grad“, Dregehs lustige Komödie, wurde gestern nachmittags als Vorstellung für den Arbeiterbildungsverein gegeben. Das dichtbesetzte Haus unterhielt sich ganz vortrefflich. An der Aufführung konnte man durchweg Freude haben.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Die größte Attraktion sind die im Hansa-Theater zurzeit gastierenden Silputaner. Niemand verläumde es, diese kleinen großen Künstler zu bewundern. Vortragsarten haben keine Gültigkeit. Montag und folgende Tage findet eine Ringkampf-Konkurrenz der Silputaner um eine goldene Uhr mit Kette, welche die Direktion des Hansa-Theaters gestiftet hat, statt.

Stadttheater-Theater. Man schreibt uns: Der große Lacherfolg, den der Schwank „Die Welt ohne Männer“ fand, hat die Direktion veranlaßt, dieses unedle Werk für morgen Dienstag wieder auf den Spielplan zu setzen. In Vorbereitung befindet sich die amerikanische Sentationskomödie „Der Baum wollönig“.

Entin. Sozialdemokratischer Verein. Am Mittwoch, dem 15. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokale Kniebühl die monatliche Vereinsversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Abrechnung. Vortrag des Gen. Vorberber über „Was ist Arbeitslohn und wodurch wird er bestimmt?“. Dieser lehrreiche Vortrag sollte jedes Mitglied veranlassen, in der Versammlung zu erscheinen. Ebenfalls hat die Versammlung Stellung zu nehmen zu der am 2. Februar in Knefeld stattfindenden Gemeindevertreter-Versammlung, sowie zur Märzfeier.

Hamburg. Ordensdiebstahl. Ein Ordensdiebstahl unter mysteriösen Umständen wurde bei dem Reichskommissar des Hamburger Seemars, Kontradmiral Couran, ausgeführt. In Abwesenheit der Familie erschien ein Automobil vor dem Hause, dem zwei Herren und eine Dame entstiegen. Die drei Personen, die sehr elegant gekleidet waren, verschafften sich Eingang in das Haus und stahlen sämtliche Orden, darunter hohe in- und ausländische, nahmen auch Verschägen mit sich. Sie wurden aber bei ihrer Arbeit von der alten Köchin gestört, die aus dem zweiten Stockwerk herbeikam. Die Räuber konnten sich jedoch noch rechtzeitig in das Automobil flüchten und entkamen unerkannt. Nach Aussage der Köchin trugen alle drei Personen schwarze Larven. — Zu dem Mord bei Bramfeld haben die näheren Feststellungen ergeben, daß die Eingeweide des ermordeten Jünglings vollständig herausgerissen sind, und daß zwischen ihnen Holzsplitter gefunden wurden, woraus sich ergibt, daß die Tat auf einem Holzplatze verübt worden ist. Kopf, Arme und Füße sind jagdmäßig abgetrennt. Nach dem Käufer des aufgefundenen Kadavers sind bereits Erhebungen angestellt worden. In der Nähe des Fundortes sind frische Pferdehufe entdeckt worden, die zur Verdunstung des Tatbestandes

des Betrages und es möglich erscheinen lassen, daß ein Reiter die Leichenteile nach dem Bramfelder See geschafft hat. Wie von einem Polizeibeamten und aufgenommenem Spür führt nach Ohlsdorf, geht jedoch dann verloren. Alters-Ansicht nach Hand der Ermordete im Alter von 16—18 Jahren. Bei der Ermittlung des Namens des Opfers glaubt man, daß es sich um den am 7. Januar verstorbenen Kontorboten Müller handelt, der an diesem Tage von einem am Fischdampfer anfalligen Stema mit einem Scheel über 1000 Mark zur Deutschen Bank geschickt wurde und dann die 1000 Mark in Kronen umzuwandeln sollte. Dies hat Müller auch befolgt und ist seit dem Verlassen des Kontors verschwunden. Daß Müller das Geld veruntreut hat, ist nicht anzunehmen, da er schon des öfteren viel größere Beträge von den Banken kassiert hat. — Fast drei Millionen Mark unter der Hand. Der Umfang der vom entflohenen Notar Dr. Becker hinterlassenen Verbindlichkeiten beträgt, soweit bis jetzt festgestellt worden ist, schon 2 700 000 Mark. Es mischen sich noch immer weitere Personen, namentlich kleinere Leute aus der Provinz Schleswig-Holstein, die dem Gläubiger ihre Ersparnisse anvertraut hatten. Das Amtsgericht Hamburg hat auf Antrag mehrerer Geschädigten, nachdem die Verhängung des Konkursverfahrens beantragt worden ist, über das Vermögen des Entflohenen das Veräußerungsverbot erlassen. Man nimmt in interessierten Kreisen noch immer an, daß Dr. Becker die Ankündigung seines Selbstmordes nicht ausgeführt hat.

Hamburg. Aus dem bürgerlichen Preßsumpf. Die „Hamburger Nachrichten“ sind, namentlich seit Bismard sie zu verschiedenen Indiskretionen benutzt hat, zu einer gewissen Beachtung gelangt. Der hohe Bezugspreis dieser Zeitung, 9,50 Mark vierteljährlich, mußte auch den Anschein erwecken, als ob das Blatt eine ganz besondere Verbreitung gerade in den zahlungsfähigsten Kreisen habe. Für Infanteren teurer Waren mußte dies ein Moment von höchster Wichtigkeit sein. In einer Privatklage, die der Verlag der „Hamburger Nachrichten“ gegen einen Redakteur des „Hamburger Fremdenblattes“ angehängt hatte, wurden nun ganz erbauliche Sachen festgestellt. Nur der kleinste Teil der Abonnenten der „Hamburger Nachrichten“ zahlt den Bezugspreis von 9,50 Mark. Verschiedene Vereine erhalten für ihre Mitglieder eine erhebliche Preisermäßigung. So bezahlen Innungsmitglieder 5—7 Mark, Mitglieder des Alldemokratischen Verbandes, sowie der Offizier- und Kriegervereine 6,50 Mark. Die Hamburger Beamten zahlen gar nur 3 Mark pro Quartal! Abonnements zu diesem Preise werden in einem Geschäftszimmer des Hamburger Rathauses entgegengenommen. Von den Korrespondenten der „Hamburger Nachrichten“ hat einer unter 50 Abnehmern nur vier, ein anderer unter 550 Abnehmern nur 25, ein dritter unter 200 Abnehmern nur sieben, die den vollen Bezugspreis bezahlen. — Dieses Rabattsystem war in einem Bürgerverein zur Sprache gekommen, das „Hamburger Fremdenblatt“ brachte einen Bericht darüber und daraus entwickelte sich dann der Beleidigungsprozeß. Die vernommenen Sachverständigen bezeichnen das Geschäftsgeheimnis des vornehmen Blattes als ein unlautes. Weiter wurde festgestellt, daß eine große Zahl Behörden, Hotels und Landgasthöfe in Mecklenburg, Hannover und Schleswig-Holstein das Blatt völlig gratis erhalten. Mit einem Vergleich, der die Grenzen, innerhalb deren eine Herabsetzung des Bezugspreises erfolgen darf, als fällig bezeichnet, endete die Verhandlung, die ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Gepflogenheiten eines ziemlich einflussreichen bürgerlichen Blattes warf.

Kiel. Auch Kiel darf nicht fehlen. Wie der Magistrat bekannt gibt, haben die städtischen Kollegien beschlossen, sich an der von den Städten geplanten Guldigung zur Feier des Regierungsjubiläums Wilhelms II. zu beteiligen. Die Reichsmarinestadt wird zu dem Zweck der Errichtung und des Betriebes eines Wärrer- und Säuglingsheims 100 000 Mk. zur Verfügung stellen. — Die Beschlußfassung erfolgte in geheimer Sitzung. Die Sozialdemokraten haben vergeblich versucht, das byzantinische der Vorlage zu befechtigen, dann jedoch für die Vorlage gestimmt wegen des guten Zweckes. In einer Erklärung verwahrten sie sich aber gegen die byzantinische Guldigung.

Rappeln an der See. Wieder ein Marineunglück. Von der Besatzung eines Torpedobootes sind Sonnabend mittag vor Oehr in der Nähe der Schleimündung beim Bergen eines Torpedogeschosses ein Obermaat und zwei Matrosen ertrunken. Der Unfall ereignete sich dadurch, daß eine Trosse brach und ein Boot ausgelegt werden mußte, um eine neue Trosse von Lande zu holen. Dabei kenterte das Boot und die Leute ertranken.

Cuxhaven. Sechs Mann vom Schlepper „Roland“ in den eisigen Fluten ertrunken. Nach einer Meldung aus Cuxhaven ist in der Nacht auf Sonnabend der Hamburger Schleppdampfer „Roland“ beim zweiten Elbfeserung mit dem Dampfer „Azel“ zusammengestoßen. Der Schlepper „Roland“ sank sofort. Gerettet sind der Kapitän Liedemann, der Koch Kamien, die Matrosen Meier und Döring und der Heizer Monien. Ertrunken sind der erste Maschinist Nagel, der zweite Maschinist Hansen, die Heizer Junghaus und Schneider und der Matrose Kefeler, sowie der Steuermann Ruhl. „Roland“ liegt 300 Meter von dem zweiten Elbfeserung auf Grund. Der Dampfer „Azel“ ist in Kopenhagen beheimatet und führt Getreide an Bord. Er kam von Kaval und hatte den Bestimmungsort Rotterdam. „Azel“, dem der ganze Vordersteven eingedrückt ist, ist bereits nach Hamburg in Reparatur gegangen. Der Schleppdampfer „Roland“ ist der größte Hamburger Schleppdampfer, er ist im Jahre 1911 aus Stahl erbaut und hat eine Maschine von 950 Pferdekraften. Er war auch mit drahtloser Telegraphie ausgerüstet.

Theater und Musik.

Im neuen Stadttheater gastierte am Sonnabend Frau Helene Offenber g als Senta im „Fliegenden Holländer“ von Richard Wagner. Die Künstlerin, die früher als jugendlich-dramatische Sängerin in Köln und Damburg erfolgreich tätig war, will sich jetzt dem hochdramatischen Fach zuwenden. Die Partie der Senta kann allerdings kaum als Probierstein angewandt werden, um die Fähigkeiten auf diesem Gebiete richtig schätzen zu lernen. Der helle Sopran der Künstlerin klingt besonders in den höheren Lagen; dort gibt er Töne von blendender Schönheit. Auch die Darstellung der Senta war tüchtig, ohne jedoch besonders charakteristische Momente zu bieten. Es bleibt abzuwarten, ob die Stimme der Frau Offenber g auch in der Mittel- und in der Tiefe für dramatische Partien wie die Brünhilde, Fricka, Sibelio usw. ausreicht. Darüber müßte ein weiteres Gaupspiel Auskunft geben, bevor das Engagement perfekt wird. Die Besetzung der übrigen Rollen war die bisherige als gut bekannte. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Mein diesjähriger Inventur-Ausverkauf

beginnt
am Dienstag, dem 14. Januar.

	Gr. 45-50	55-60	65-70	75-80	85	90	95	100
Ein Posten Falt.-Hängeschürz.	58 Pf.	68 Pf.	78 Pf.	88 Pf.	98 Pf.	1.08	1.18	1.28
Blusen-Schürzen	78 Pf.	88 Pf.	95 Pf.	1.38	1.48	1.75	2.25	Mk.
Kimono-Blusen	Stück 1.08 Mk.							
la. „ „ reine Wolle, auf Futter gearbeitet	Stück 2.75 3.75 Mk.							
Plaidtücher	Stück 88 Pf. 95 Pf. 1.25 Mk.							
Ball-Schals	Stück 68 Pf.							
helle und dunkle Kopf-Schals, garniert	Stück 98 Pf.							
Mädchen-Normal-Leibchenhosen mit 1/2 Ärmeln	Stück 98 Pf.							
Normal-Leibchenhosen	65 cm	70 cm	75 cm	80 cm	85 cm			
	65 Pf.	70 Pf.	75 Pf.	80 Pf.	85 Pf.			
Trikot-Leibchenhosen, 60-70 cm	Stück 48 Pf.							
blaue Chev.-Reformhosen f. Damen	Stück 2.25 Mk. Wert 4.00 Mk.							
Lack- und Ledergürtel, leicht beschädigt	Stück 5, 10, 15, 25, 50 Pf. Wert bis 2.25 Mk.							
Damen-Hemden, -Hosen und -Jacken	} 40 % unter Preis.							
Herren- und Damen-Nachthemden								
„ „ „ „ aus einer Muster-Kollektion								
Frisierjacken und Untertaillen								
Stickerei-Unterröcke								
Kopfkissenbezüge, farbig, la.	Stück 65 Pf.							
weiße Kopfkissenbezüge mit Stickerei-Einsatz	Stück 95 Pf.							
Tüll-Decken	Stück 5, 7, 12 Pf.							
Sweater	Stück 95 Pf.							
Kragenschoner	Stück 10 u. 25 Pf. Wert 40—60 Pf.							
Krawatten	Stück 5, 10, 15—25 Pf. Wert 50—150 Pf.							
Kinder-Fäustel	Paar 10 Pf. Wert 40 Pf.							
Kinder-Mützen und Kappen	20—50 Pf. Wert bis 2.25 Mk.							
Muster-Korsetts	95 Pf. 1.25, 1.58, 1.95 Mk. Wert bis 5.50 Mk.							
Wollgarn <u>Gelegenheitskauf</u>	1/2 Pfund 1.25 Mk.							
Servietten	Stück 30, 35 Pf.							
Tischtücher ^{116/150}	Stück 1.35 Mk.							
Futter-Herren-Hosen	1.18, 1.58 Mk.							
Herren-Socken	Paar 30, 50, 88 Pf.							
reinwollene Damen-Strümpfe	Paar 78 Pf.							
„ Damen-Strümpfe	Paar 48 Pf.							
„ Damen-Handschuhe, 45 cm lang, schw. u. wß.	58 Pf.							
Handtücher	Stück 30 Pf.							
Taschentücher	Stück 8 u. 25 Pf.							
Taschentücher	1/2 Dtzd. 65 u. 95 Pf.							
Kurzwaren (Zwirn, Haken u. Augen, Reihgarn, Baumwolle) für die Hälfte des Wertes.								
Rodel-Mützen	Stück 68 u. 48 Pf.							
Barchent-Herren-Hemden	95 Pf. 1.10, 1.38, 1.48 Pf.							
Schlafdecken	Stück 88 Pf.							
groß. Hemdentuch 5 m	1.95, 10 m 3.85 Mk., div. kleinere Reste von 30 Pf. an.							

Alle regul. Artikel mit wenigen Ausnahmen sind im Preise um 10% ermäßigt.
Alle Ulster, Paletots, Anzüge, Lodenjoppen sind weit im Preise herabgesetzt.
Alle Herren- und Damenstiefel sind 10% im Preis ermäßigt.
 Ein Posten **Malerschuhe** Paar 78 Pf.
 Ein Posten **Filzpantoffel** für Kinder Paar von 20 Pf. an.

Johannes Holst

Kohlmarkt 6. Markt 6.

Trotz der enorm billigen Preise rote Rabattmarken

Arbeiter = Bildungsverein Lübeck.

Mittwoch, den 22. Januar 1913
 im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

Bunter Abend.

Mitwirkende:
 Frä. Pfliegl, Frä. Jansen, Herr Brunow und Herr Barth;
 am Flügel: Herr Kapellmeister Weigert.
 (Mitglieder des Lübecker Stadttheaters.)
 Saalöffnung 8 Uhr. Anfang 8 1/4 Uhr.
 Preis der Karte 25 Pfennig. Der Vorstand.
 Rauchen nicht gestattet.
 Karten sind an den bekannten Stellen zu haben. (354)

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

General-Versammlung

am Dienstag, dem 14. Januar 1913
 abends 8 1/4 Uhr
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
 Tagesordnung:
 1. Jahresberichte und Abrechnungen.
 2. Neuwahl der Lokalverwaltung und sämtlicher Hilfspersonen.
 3. Berichte.
 4. Verschiedenes. (349)

Die Ortsverwaltung.

Konsumverein
 für Lübeck und Umgegend
 e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlungen
 für die Mitglieder des
Bürgtors
 am Dienstag, dem 14. Januar
 abends 8 1/2 Uhr
 im Gesellschaftshaus Marli,
 Marlistraße.
 für die Mitglieder
in Schlutup
 am Sonnabend, dem 18. Januar
 abends 8 1/2 Uhr
 bei Saborowski, Gasthof zur Linde.

Tagesordnung
 in allen Versammlungen:
 1. Bericht des Genossenschaftsrats.
 2. Wahl eines auscheidenden Genossenschaftsratsmitgliedes.
 3. Verschiedenes.
 Stimmzettel werden nur gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher abgegeben.
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen bittet
 Der Vorstand. (227)

Konsumverein
 für Lübeck und Umgegend.
 e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
 für die Mitglieder in
EUTIN
 am Mittwoch, dem 15. Januar
 abends 8 1/2 Uhr
 im Gasthof „Stadt Altona“,
 W. Knickertstr.
 Tagesordnung
 1. Geschäftsbericht und Bericht des Genossenschaftsrats.
 2. Wahl der 6 auf Eutin entfallenden Mitglieder für die von der Generalversammlung in Lübeck beschlossene Kommission.
 3. Verschiedenes.
 Die Teilnahme an der Wahl kann nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches erfolgen.
 Um recht zahlreiches Besuch bittet
 Der Vorstand. (361)

Kalnbergs Variété.
 Nur noch kurze Zeit.
Sherlock Holmes
 und das famos Programm.
 Kommen, sehen, freuen. 356
 Beginn 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Konsumverein
 für Lübeck und Umgegend.
 e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlungen
 für die Mitglieder der
Stadt
 am Montag, 20. Januar 1913,
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstr. 50—52.
 für die Mitglieder

Holstentor-Nord
 am Freitag, dem 17. Januar 1913
 abends 8 1/2 Uhr
 im Waisenhof, Fackenburg, Allee.
 Tagesordnung
 für beide Versammlungen:
 1. Bericht des Genossenschaftsrats.
 2. Wahl zweier auscheidender Genossenschaftsratsmitglieder.
 3. Verschiedenes.
 für die Mitglieder

Holstentor-Süd
 am Dienstag, 21. Januar 1913,
 abends 8 1/2 Uhr
 in der „Flora“, Rebenstraße.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Genossenschaftsrats.
 2. Wahl eines auscheidenden Genossenschaftsratsmitgliedes.
 3. Verschiedenes.
 Stimmzettel werden nur gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher abgegeben.
 Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder und deren Frauen bittet
 Der Vorstand. (362)

Hansa-Theater
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Noch nie dagewesen.
Zirkus
Lilliput.
 Vorher:
 Die hervorragenden
 Spezialitäten.
 Nach der Vorstellung ab 11 Uhr:
Kabarett.
 Neue Künstler. 352

„National-gemeinnützige“ Agitation gegen die „Volksfürsorge“.

„Sage mir, mit wem Du umgehst, und ich will Dir sagen, wer Du bist!“ Die sich „national“ und „gemeinnützig“ nennenden Lebensversicherungs-Gesellschaften sind auf den — „Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ gekommen, dessen Agitation für ihre Kandidatur sich bei der letzten Reichstagswahl alle Kandidaten verbeten haben, die auf Ehre und Anstand Wert legten.

300 000 Flugblätter dieses Verbandes gegen die „Volksfürsorge“ sollen allein in Hamburg verbreitet werden, wie die sehr ehrenwerte Redaktion eines Organes der „Freisinnigen Volkspartei“, des Hamburger Fremdenblattes, deren Ausgabe am 7. Januar, wie gleichfalls der der Hamburger Nachrichten, das Flugblatt beigelegt war, erklärend und empfehlend mitteilt.

Wahrscheinlich dürfte auch in anderen Orten der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sich Liebesvoll der „Nationalen“ annehmen. Sehen wir uns deshalb das Nachwerk etwas näher an. Wie immer, nimmt es der Verband mit der Wahrheit nicht genau. In diesem Flugblatt zum mindesten wird gefälscht und gelogen, daß sich die Balken biegen. Nur eine kleine Probe:

Auf dem letzten Genossenschaftstage in Berlin hat Genosse v. Elm gesagt: „Werte Genossenschaftler! Es gibt Konsumvereinsleitungen, die ihre Aufgabe dadurch für erschöpft halten, wenn sie die Versorgung der Mitglieder mit Lebensmitteln gut organisieren. Das ist aber doch eine ungemein enge Auffassung der Aufgaben der genossenschaftlichen Organisation. Die Genossenschaftsbewegung muß immer mehr dahin streben, den ganzen Menschen mit all seinen Bedürfnissen zu erfassen. Die Genossenschaft soll und muß sein ein Institut zur Förderung des Wohles des ganzen Volkes. Je mehr Aufgaben wir in die Hand nehmen zur Befriedigung wirklicher Volksbedürfnisse, umso fester wird unsere Bewegung im Volke Wurzel schlagen.“

So und nicht anders hatte auch der „Vorwärts“ über die Ausführungen des Genossen v. Elm berichtet. Was macht nun das Flugblatt daraus?

In ihm heißt es: „Herr v. Elm hat laut einem Bericht des „Vorwärts“ offen erklärt, die Sozialdemokratie verfolge das Ziel: „den ganzen Menschen mit allen seinen Bedürfnissen zu umfassen, das heißt mit allen seinen Worten: (und nun kommt's in diesem Zeitdruck) ihn ganz von der Partei abhängig, ihn zum willenlosen Werkzeug der Parteiführer zu machen. Dazu soll auch die „Volksfürsorge“ dienen.“ Und so weiter! Absah für Absah faulstidige Lügen; durch Umstellung einiger Worte wird das vom Genossen v. Elm Gesagte in das direkte Gegenteil umgekehrt.

Aber in dem auf die Leichtgläubigkeit der Leser der bürgerlichen Presse rechnenden Flugblatte wird nicht nur über die „Volksfürsorge“, was das Zeug halten will, gefälscht und gelogen, auch bezüglich der den Mittelstand und den „nationalen“ Arbeitern zur Unterstützung empfohlenen sog. nationalen und gemeinnützigen Versicherungsgesellschaften werden die Leser angeführt. Da wird darüber gewettert, daß die Sozialdemokratie nicht die Vereins-Versicherungs-Bank für Deutschland, Aktien-

gesellschaft in Düsseldorf, empfehle, die „ganz das gleiche Ziel“, wie angeblich die sozialdemokratische Neugründung verfolge und kühn behauptet, daß bei ihr „der mit Recht so viel beklagte vorzeitige Verfall der Polizen fast ganz“ wegfallen, „denn falls aus irgend einem Grunde die Beiträge nicht bezahlt werden, wird die betreffende Polize einfach in eine prämienlose umgewandelt und die Zahlungen können jederzeit wieder aufgenommen werden“.

Wie der vorzeitige Verfall bei der „Vereins-Versicherungs-Bank“ „fast ganz“ wegfällt und wie „einfach“ die Umwandlung erfolgt, erhellt aus deren Versicherungsbedingungen. Für die „Kleine Lebensversicherung“ heißt es diesbezüglich in § 5: „Wird die Prämienzahlung nicht spätestens einen Monat nach Fälligkeit geleistet, so bestimmt die Gesellschaft dem Versicherungsnehmer schriftlich eine vierzehntägige Nachfrist zur portofreien Zahlung der rückständigen Prämie, der Zinsen von 5 Proz. auf das Jahr seit dem Fälligkeitstage der Prämie und der Portokosten für die Mahnung selbst. Wird die gestellte Frist nicht eingehalten, so erlischt die Versicherung und wandelt sich, wenn das Versicherungsverhältnis mindestens drei volle Jahre bestanden hat und für diese Zeit die Prämien gezahlt sind, beim Ablauf der gestellten Frist in eine beitragsfreie Versicherung um.“

Um nicht der Unrichtigkeit geziehen zu werden, bemerken wir, daß bei der „großen Lebensversicherung“ die Umwandlung der Versicherung in eine prämienfreie schon nach zwei Jahren erfolgt. Die Vereinsbank verfährt also genau so rücksichtslos gegen nichtzahlungsfähige Versicherungsnehmer, wie die übrigen kapitalistischen Aktiengesellschaften, und dabei wird in dem Flugblatt den nationalen Arbeitern und den kleinen Leuten mit frecher Stirn vorgelogen, bei der Vereins-Versicherungs-Bank in Düsseldorf falle der „vorzeitige Verfall der Polizen fast ganz weg“. Wenn nun jemand, gestützt auf dies lügnische Flugblatt, bei der Vereinsbank eine Versicherung eingeht, bei der kleinen Versicherung vielleicht über 2½ Jahre regelmäßig zahlt, dann aber wegen irgend eines Notfalles nicht mehr weiterzahlen kann, seine Versicherung insgedessen erlischt, er seiner sämtlichen gezahlten Prämien verlustig geht — an wen soll er sich dann halten? An die Vereinsbank in Düsseldorf? Die wird erklären, daß sie für das im Flugblatt Behauptete nicht verantwortlich ist — an den „Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“? Ob der aber juristisch faßbar und zahlungsfähig ist? Man sieht, in welcher unlauteren Weise seitens des „Verbandes“ für die sog. Nationalen agitiert wird; das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung hätte alle Veranlassung, dieser gemeingefährlichen Gesellschaft einmal auf die Finger zu klopfen. Dabei erdreißt man sich am Schluß des Flugblattes noch, das Kaiserliche Aufsichtsamt direkt zu einer Parteinahme für die Nationalen gegen die „Volksfürsorge“ aufzufordern. Es heißt dort: „An die Regierung aber richten wir die dringende Bitte, angesichts der drohenden Gefahr für Staat und Gesellschaft!!! die geplante Volksversicherung so zu fördern, daß sie gleichzeitig mit der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“ ins Leben tritt.“

Mit andern Worten heißt das: das Kaiserliche Aufsichtsamt soll die Erlaubniserteilung zum Geschäftsbetrieb der „Volksfürsorge“ solange hinauszögern, bis die „Nationalen“, die noch nicht einmal ihre Vorarbeiten

beendet, geschweige denn ihre Vorlagen beim Amt eingereicht haben, konzessioniert worden sind.

Von den beiden „Nationalen“: „Deutsche Versicherungs-V.-G.“ und der vom Generallandschaftsdirektor Dr. Rapp inszenierten „Nationalen Volksversicherung“ behauptet das Flugblatt, bei ihnen würden „die Versicherten zur Teilnahme an der Verwaltung in weitgehendem Umfang zugelassen, also ganz den Wünschen der Sozialdemokratie entsprechend“. Wem glauben eigentlich diese Herren Volksbeglucker, die so plötzlich für die Selbstverwaltung schwärmen, ein solches Märchen ausfinden zu können? Hoffentlich keinem Sozialdemokraten — denn die wissen, daß bei einer kapitalistischen Versicherungs-Aktiengesellschaft die Aktieninhaber, nicht aber die Versicherten, zu bestimmen haben. Oder wollen vielleicht gar die Aktionäre der „Nationalen“, wie dies bei der „Volksfürsorge“ der Fall sein wird, sich einer regelmäßig wiederkehrenden Wahl und Neuwahl unterstellen? Sollen die „nationalen Arbeitervereine“, sowie die „Hirsch-Duncker'schen“ und „Christlichen Gewerkschaften“, die in dem Flugblatt so sehr umschmeichelt werden, die Aktionäre wählen und auch wieder absetzen können?

Wenn nicht, dann ist auch die in Aussicht gestellte „Teilnahme an der Verwaltung in weitgehendem Umfang“ ein ebenso großer Schwindel, wie der über den Nichtverfall von Polizen bei der Vereins-Versicherungs-Bank zu Düsseldorf.

Nur Gimpel können darauf reinfallen — alle einsehtspollen Leute werden sich bei der „Volksfürsorge“ versichern.

Das Ende der französischen Herrschaft in Lübeck.

In wenigen Monaten wird ein Säkulum verstrichen sein seit der Zeit, da Lübeck die von ihm sieben Jahre lang getragene Herrschaft Frankreichs abschütteln konnte. Das Bürgertum unserer Stadt rüftet sich, aus diesem Unluf größerer Feiern zu begehen, bei denen wahrscheinlich wie üblich auf Staatskosten gegessen und getrunken wird. Auch die obliegenden Reden werden nicht fehlen, nachdem die erforderliche Begeisterung auf dem bekannnten nicht mehr ungewöhnlichen Wege erzeugt worden ist. Die Arbeiterschaft hat keinen Teil an diesen „patriotischen“ Feiern. Sie war unterdrückt, als die Franzosen Lübeck besetzten; sie erhielt auch unter forischer Herrschaft nur ein bescheidenes Maß von Rechten und die Unterdrückung blieb bestehen, als Lübeck seine Selbstständigkeit wiedergewann. Wohl wendet sich die wertvolle Bevölkerung gegen jede nationale Vergewaltigung, aber sie verkennt deswegen nicht, daß die eigenen Machthaber genau so wie die fremden bemüht sind, sich Vorrechte zu schaffen auf Kosten der rechtlosen breiten Massen.

Immerhin ist es interessant, das für Lübeck wichtige geschichtliche Schlüsselkapitel der französischen Herrschaft an der Trave in der Schilderung kennen zu lernen, die unser Genosse Theodor Schwarz in seinem vortrefflichen Buche „Bild der Lübecker Vergangenheit“ (Verlag von Friedr. Meyer & Co.) gibt:

Nach dem Rückzuge der Franzosen aus Rußland regten sich die Hoffnungen der Lübecker auf baldige Be-

Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(3. Fortsetzung.)

Er wunderte sich nicht darüber, daß er sich auf sich selbst zurückzog, aber er wunderte sich darüber, daß seine Bekannten immer seltener kamen, Herzner sich nicht mehr bliden ließ, und Wochen vergingen, wo der Unkel ihn nicht mehr besuchte. Statt dessen fand sich jedoch andere Gesellschaft ein, denn die Tante hatte nicht allein zerstört, sie hatte auch aufgebaut. Ihre Verwandten erschienen in dem Hause des Gelehrten, Leute von Namen und Ansehen, die mit ganz anderem Ton und Gewicht auftraten. Der Geheimrat von Köller, einer der ersten Räte des Staatskanzlers, befand sich an ihrer Spitze, außer ihm andere von wenig geringerer Bedeutung, darunter ein Schwager des Geheimrats, ein junger, feiner, liebenswürdiger Herr, der dem Doktor besonders gefiel, viel leicht jumeist darum, weil die Tante ihn so sehr rühmte, und weil er fast täglich kam, um den beiden Damen ein angenehmer, lebhafter Gesellschafter zu sein. Herr von Sternau war Offizier gewesen, arbeitete jetzt jedoch im Auswärtigen Amte, und wie die gnädige Tante sagte, war er ein ganz vorzüglicher Kopf, der noch eine glänzende Karriere zu erwarten hatte.

Herr von Sternau hatte gestern die Familie zu dem Feste seines Schwagers begleitet und allerlei Beziehungen des Doktors zu dem Geheimrat vermittelt, über welche jener eben nachdachte, als er so spät erwachte und lächelnd vor sich hin sagte: Es weiß niemand, was noch aus ihm werden kann! — O! wirklich, fuhr er dann fort, indem er sich anklebete, ich habe niemals besondere Erwartungen über mich gehegt und weiß auch nicht, warum ich dies tun sollte. Es widersteht mir, daran zu denken, murmelte er leise vor sich hin, aber ich weiß nicht, wie ich anders kann.

Inmitten dieser rätselhaften Worte trat der alte Bräutigam herein, der ihm meldete, daß die gnädige Frau den Herrn Doktor erwarte.

Welche gnädige Frau? fragte sein Herr erschrocken. Die gnädige Frau Doktorin, sagte der alte Mann. Bist Du geknickt? lachte Johannes Gerber, Was hat denn das zu bedeuten?

Die gnädige Frau Majorin, erwiderte der Alte, haben mir anbefohlen, künftighin nicht anders zu sagen.

So, sagte der Doktor nachdenkend; ja, wenn das der Fall ist, Bräutigam, so hat es gewiß seine Wichtigkeit. O, ja wohl, sprach er dann aufflarend und tröstend, es ist ein allgemeines Gebrauch, ich habe es gestern oft gehört. Alle

Damen in der Gesellschaft wurden gnädige Frau oder gnädiges Fräulein genannt. Es ist vortrefflich, lieber alter Peter, wenn die Titulaturen abgeschafft werden, denn es ist doch höchst lächerlich: Frau Geheimrätin, Frau Professorin, Frau Doktorin zu sagen. Was in aller Welt haben die Frauen denn mit den Titeln und den Würden der Männer zu tun, Peter?

Die gnädige Frau Majorin, fiel der Alte mit niedergeschlagenen Augen ein, haben auch befohlen, daß ich, da ich auch Franz heiße, künftig Franz genannt werden soll.

Wirklich? sagte Johannes Gerber verlegen lächelnd, ja, das ist sonderbar, aber es ist einerlei, Peter — oder Franz — das liegt im ästhetischen Gefühl der Damen, dem muß man sich fügen. Peter ist ein altfränkischer, ungewöhnlicher Name, der kaum mehr vorkommt.

Es ist aber doch mein ehrlicher Name, brummte der alte Mann kopfschüttelnd.

Im Grunde kannst Du ganz damit zufrieden sein, lieber Bräutigam, fuhr der Doktor freundlich fort. Peter ist ganzlich in Ungnade gefallen, man braucht den Namen nur noch, um Spöterei damit zu treiben, wie z. B.: Grober Peter, fauler Peter, dummer Peter und so weiter, davon will die gnädige Tante Dich befreien; Franz klingt ja viel schöner, es spricht sich auch viel leichter aus. Im übrigen aber, sagte er, indem er seine Hand schmeichelnd auf den alten Diener legte, bleibst Du doch mein guter alter Peter, den ich kenne und der mich kennt.

Er ging schnell davon, um weiteren Erörterungen auszuweichen, trat mit seinem freundlichsten Lächeln bei seiner Frau ein, die in halb liegender Stellung den Kopf in die weichen Kissen des Sophas drückte und ein Tuch um die Stirn gewunden hatte, während die Tante vor ihr an dem Kaffeetisch stand.

Was ist denn das? fragte er erschrocken. Du bist doch nicht erkrankt, beste Emma?

Nur nicht so laut, erwiderte die gnädige Tante ihm zuwendend. Eine kleine Erkältung, weiter nichts. Emma war zu erheit vom Tanzen und die Nachtluft sehr kühl.

Diese Gesellschaften bringen mehr Plagen als Freuden, sagte der Doktor besorgt. Emma sieht so blaß aus.

Wenn jemand schuld daran ist, so sind Sie es, mein lieber, erwiderte die Tante.

Ja? rief er erstaunt.

Sie peinigten die arme Frau mit Ihrer Unruhe, eilig nach Haus zu kommen, so sehr, daß sie sich nicht abkühlen konnte. Ich selbst habe dadurch eine sehr schreckliche Nacht gehabt.

Es war schon so spät, entschuldigte er sich kleinlaut und von seiner Sündigkeit überzeugt. Aber es tut mir herzlich leid, sehr leid! — Er küßte Emmas Hand, sie lächelte ihm zu und versicherte ihm, daß es absolut nichts zu bedeuten habe.

Die Tante reichte ihm die Tasse, sein Gesicht hellte sich auf. Künftig müssen Sie vorsichtiger sein, sagte die gnädige Frau strengend, Sie müssen bedenken, daß Emmas Gesundheit zarte Rücksicht nötig hat.

Er wollte darauf erwidern, daß er im Gegenteil immer geglaubt habe, seine Frau besitze eine recht dauerhafte, kräftige Gesundheit, allein er schwieg und nickte freundlich bestimmend, dennoch aber mußte die Frau Majorin einen Widerspruch in seinen Augen bemerkt haben.

Wenn man danach erzoget ist, sagte sie, sich Wind und Wetter auszuweichen, so kann man mehr aushalten. Solche Gesundheit, wie man bei Bürger- und bei Bauerstädter findet, darf man bei jungen Damen von Familie nicht voraussehen. Marie mit ihren festen Füßen und ihren breiten Schultern würde heute wahrscheinlich keine Kopfschmerzen haben, aber es gehören denn auch solche herbe Gestalten dazu.

O, fiel er ein, da hat mir gestern eine junge Dame mitgeteilt, die fein und bleich wie ein Wachsbild aussah, daß dies die dritte Nacht sei, wo sie tanze. Ich glaube nicht, daß Marie das aushalten könnte.

Das glaube ich auch nicht, sagte die gnädige Tante vornehm lächelnd. Für solche geistige Beiseelung des Körpers sind bergleichen Menschen nicht geeignet; sie haben grobe Mittel nötig, um in Bewegung gehalten zu werden. Wie haben noch gar nicht darüber gesprochen, wie es Ihnen gegangen ist.

Außerordentlich gut, versetzte er freundlich.

Es ist sehr unrecht, daß Sie nicht tanzen.

Ich konnte niemals Geschmack daran finden.

Und was Hänzchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.

Allerdings, ich bin zu alt dazu. Aber ich sehe gern tanzen, wenn es so schwebend leicht und gerlick geschlecht wie es Emma versteht. Ich habe dabei mich wieder überzeugen können, daß die einzige Schönheitslinie die Wellenlinie ist.

Die Majorin lachte, und die junge Frau Doktorin stimmte leise ein. Es gehört aber auch ein so guter Tänzer dazu wie Leopold Sternau, um diese lebenden Wellenlinien der Schönheit hervorzuheben, sagte sie.

Ohne Zweifel, erwiderte er. Ich würde mit meiner Unbeschäftigkeit Emmas ganze Kunst vernichtet haben. Der junge, schöne und gewandte Mann hat etwas von griechischer

Endigung der Herrschaft Napoleons. Diese Hoffnungen wurden noch bekräftigt, als trotz der Wachsamkeit der französischen Polizeibehörden auf privatem Wege detaillierte Nachrichten über den traurigen Zustand der französischen Armeen nach Lübeck gelangten. In der Bevölkerung fing es bereits an zu gären, denn als am Sonntag dem 6. Dezember der Krönungstag des Kaisers und das Andenken an den Sieg bei Waterloo feierlich begangen werden sollte, war schon morgens folgender poetisch-aufreizender Ruf an einer der Türen der Marienkirche angeschlagen:

Satanas Rückkehr feiern mit Jubel die höllischen Geister; Dreifach verdoppeltes Feuer leuchtet dem Unhold entgegen. Dennoch, dem Scheitern zu Ehren, willst Du die Gassen erleuchten, gute gefallene Stadt am Ufer der Trave? Willst durch frevelnd Gebet die heiligen Tempel entweihen? Stehen zum Schöpfer der Welt, gib jenem, dem Unhold, Gebeten! Reide am heutigen Tage die Pläze der Gottesverehrung, weil aus höllischen Rehlen ein frevelnd Teufel erschallt. — Dunkel und finsterner lichte der heutige Abend sich nieder; nirgend erleucht den Pfad ein glänzendes freundliches Lämpchen. — Doch der seligen Hoffnung weiße im Herzen dich heute, lieblich winket sie dir aus nordischen Wäldern entgegen.

Dieses aufreizende Poem hatte denn auch die gewünschte Wirkung. Die ansehnliche Illumination fiel nur sehr dünn aus und fehlte in den abgelegenen Straßen ganz.

Als dann aber allmählich immer mehr Nachrichten über französische Niederlagen in Lübeck anlangten, nahm die Bevölkerung eine drohende Haltung an. Zwar glänzte der Munizipalrat einem gegebenen Winke des Unterpräsidenten nachkommen zu müssen und dem Kaiser zum Ersatz der in Rußland erlittenen Verluste nach Kräften beihilflich zu sein, doch hinderten die Kriegsergebnisse die Werbungen derart, daß kein greifbares Resultat erzielt wurde. Alles dieses hatte zur Folge, daß die durch geheime und offene Agitationen aufgeheizte Bevölkerung sich in sehr bedenklicher Weise zu äußern begann. Am offenbarsten wurde dies am 23. Februar bei Ankunft eines Transports von Verwundeten und Kranken aus dem mecklenburgischen Hospitälern, welche die Franzosen aus Furcht vor den ankünftigen Kämpfen zu räumen begonnen hatten. Auf das laute Geräusch, daß dieser Kranke transport von den Schlachtfeldern aus Rußland käme, versammelten sich eine große Volksmenge auf dem Domkirchhofe, wo sich das Militärhospital befand und verhöhlte die auf einer langen Wagenreihe ankommenden Kranken. Der Polizeikommissar Raspe, der vergeblich versuchte dem wilden Treiben Einhalt zu tun, mußte sich vor den persönlichen Anhalten zurückziehen. Die Herde löste sich durch die Verhöhnung des vor dem Hospital aufgestellten Wachtpostens und durch die auf ihn gerichteten Steinwürfe sehr bald in einen blutigen Schluß finden können, wenn nicht auf die Drohung des bedrängten Soldaten, jeden weiteren Steinwurf mit einer Kugel aus seinem Gewehr zu beantworten, der Hospitaldirektor Thibert herbeieilt wäre und die Lärmenden mit Erlaß auf die Unmenslichkeit, krank und wehrlose Soldaten derartig zu injizieren, aufmerksam gemacht hätte.

Als dann aber bekannt wurde, daß am 21. Februar in Hamburg ein Aufbruch stattgefunden hatte, daß die Regimentskommandanten, die kaiserlichen Adler von den öffentlichen Gebäuden mit Gewalt entfernt und zertrümmert worden waren, fand ein ähnlicher Aufbruch am 23. Februar auch hier in Lübeck statt. Die Aufregung wuchs noch mehr als bekannt wurde, daß russische Kosaken in Berlin eingedrungen seien. Es bedurfte nur noch irgend eines geringfügigen Umstandes, um eine Volkserhebung im vollen Umfange zu veranlassen. Grund dazu sah schon am folgenden Morgen die auf Befehl des Platzkommandanten veranlassete Abreise des Unterpräsidenten, des Präzidenten und Prokurators des Tribunals und anderer öffentlichen Beamten, denen Spottreden nachgerufen wurden, sowie späterhin einige Polizeibeamte, welche auf das Gerücht, daß die Kosaken in Mecklenburg kreuzten, bestürzt ihr Bureau in Schluß verließen hatten und in Lübeck auf dem Kuhberg (Geißelplatz) sich versammelten, ihre Führer zu bezichtigen, auf deren Seite sogleich das durch den Streit

zusammengelaufene Volk trat und die Zollbeamten unter arger Beschimpfung anhielt die Rutscher zu bezahen. In den Hauptstraßen sammelten sich größere Menschenmengen. Die Verkäufer des Regietabaks, die Lotteriekollektoren, überhaupt alle Personen, deren Wohnungen Schilder mit dem französischen Adler führten, wurden unter dem Rufe „Weiß up!“ welcher von nun an das Lösungswort beim Aufruf war, aufgefordert, diese abzunehmen. Wo es nicht sofort geschah, riß das Volk die Schilder ab, zertrümmerte sie und trug die Trümmer jubelnd in den Straßen umher. Fenster wurden eingeworfen, das auf dem Klingenberg belegene Bureau der Regierverwaltung wurde durch eine lärmende Volksmenge belagert und mit Blünderung bedroht. Der Polizeikommissar Raspe hatte bereits die Stadt verlassen. Der Spezialkommissar Le Coq folgte ihm bald nach.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 11. Januar 1913.
88. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Lisco.
Die erste Beratung des Gesetzentwurfes betr.

Die Konkurrenzklausel

wird fortgesetzt.
Siebel (SD.): Für die Regierung ist bei dieser wichtigen Arbeitnehmerfrage lediglich das Arbeitgeberinteresse ausschlaggebend gewesen. Es gehört wirklich Mut dazu, sich mit einer so kläglichen Vorlage vor die Angestellten und vor die Öffentlichkeit zu wagen. Die Konkurrenzklausel wird auch in dieser Vorlage weiter gehend und gepflegt, und enthält genau dieselben Ungerechtigkeiten, die von der Regierung in der Begründung an dem bestehenden Zustand gerügt werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man will den Belz wachen, ohne ihn nah zu machen. Die schlimmen Folgen der Konkurrenzklausel sind in den letzten Jahren ungeheuer gestiegen. Man konnte ein ständiges Ansteigen der Konventionallstrafe beobachten. Ganze Branchen, die nur sehr wenig Verwandtes hatten, wurden für die Angestellten durch die Klausel gesperrt und ihr Geltungsbereich auch räumlich sehr erweitert. Dadurch befanden sich die Angestellten in vollständiger Abhängigkeit und Ohnmacht gegenüber dem Prinzipal. Ja, man scheute sich nicht, selbst ihr Ehrenwort für diese Zwecke zu verwenden. Neuerdings sind allerdings durch die Rechtsprechung solche Konkurrenzklauseln für nichtig erklärt. Auch hierin bedeutet also die Vorlage keinen Fortschritt gegenüber dem Zustand, der bereits durch die Rechtsprechung geschaffen ist. In einem Falle begnügte man sich nicht damit, dem Angestellten eine Konventionallstrafe von 20 000 Mark aufzuerlegen, sondern erzwang von ihm noch die Verbitung der selbstschuldnerischen Bürgschaft seiner Mutter. (Hört, hört!) Wenn derartige Mißstände die Empörung in den Reihen der Angestellten listerlos haben aufkommen lassen, mußte man mit ganz anderen Maßnahmen dagegen vorgehen, als die schwächliche Versuch des vorliegenden Gesetzes vorsteht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man löst die Konkurrenzklausel nach wie vor zu, um angeblich die Betriebsgeheimnisse und ähnliches zu schützen, von denen der Angestellte während seiner Tätigkeit Kenntnis erhalten könnte. Wer aber den modernen Verkehr mit seinen ausgiebigen Verzweigungen, seiner ausgiebigen Reklame kennt, weiß, daß niemand mehr nötig hat, sich besondere Geschäftskenntnisse durch einen Angestellten zu verschaffen, sondern daß Bezugsquellenverzeichnisse, Musternummern und dergl. vollständig ausreichen, um die notwendigen Kenntnisse zur Aufmachung eines Konkurrenzunternehmens zu erlangen. Auch fällt es dem Prinzipal ja gar nicht ein, die Einrückungen und Maßnahmen, die der Angestellte selbständig getroffen hat, nicht mehr zu verwenden, wenn er den Betrieb verläßt. Wir können daher kein Bedürfnis für die Verbitung der Konkurrenzklausel anerkennen. In der Hauptfrage wird sie angewandt, um den Konkurrenzkampf der Unternehmer auf dem Rücken der Angestellten auszukämpfen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Besonders seitens der Spezialgeschäfte will man den Angestellten die Möglichkeit, sich selbständig zu machen, nehmen. Wieselbach wird den Angestellten einfach die Verpflichtung auferlegt, bei einer bestimmten Firma nicht in Stellung zu treten. So zwangen, als in Hamburg ein Warenhaus der Firma Tich errichtet werden sollte, die dortigen Geschäftsleute ihre Angestellten durch die Konkurrenzklausel, bei Tich nicht einzutreten. Wo ist da mit einemmal das angeblich zu schützende Betriebsgeheimnis hergekommen?

Wie hat sie sich geäußert? Was ist neu, geschmackvoll, was ist lobbar an ihr? Danach richtet sich die Bewunderung, die Aufmerksamkeit, der Beifall, den sie findet, danach wird sie behandelt und für würdig oder unwürdig erklärt, in der Gesellschaft einen achtungswerten Platz einzunehmen. Lassen Sie nicht darüber; das sind Geleise, welche niemand verlassen darf. Aber das verstehen Sie abermals nicht, mein Lieber.

Nein, erwiderte er sanftmütig, das verstehe ich wirklich nicht und werde es wohl auch nie lernen.

Gleichwohl haben Sie es nötig, sagte die Tante, nötiger als sehr viele andere, und mit Ihrer Erlaubnis will ich ein offenes Wort darüber sprechen. Sie sind ein achtbarer Gelehrter, und meine Nichte ist Ihre Frau. Hierdurch öffnen sich Ihnen Kreise, zu deren Sitten und Gebräuchen es gehört, viel auf den äußeren Anstand zu geben. Der Herr Doktor Johannes Gerber muß notwendig wünschen, daß seine junge, hübsche Frau, das ehemalige Fräulein Emma von Treuenfeld, anderen Damen nichts nachgibt, nicht etwa von diesen über die Köpfe angesehen wird.

Ich hoffe, daß dies niemals geschieht, erwiderte der Doktor.

Sehen Sie wohl, mein Lieber, das ist der gefährliche Punkt, fuhr die gnädige Frau Tante fort. Emma muß ihren Verwandten und Freunden beweisen, daß ihr Mann sie liebt, daß sie nichts vermag, daß er die Mittel besitzt, ihr alles zu gewähren, was eine Frau von Stande nötig hat, und daß sie glücklich ist.

O, wenn es das ist, rief er, ihr Glück ist mein höchster, mein einziger Wunsch. Sie haben recht, ich muß meine liebe Emma schmeicheln, damit jeder sieht, wie lieb ich sie habe.

Und was Sie betrifft, fuhr die hochgelächelte Frau fort, so können Sie nur dabei gewinnen, denn es ist ganz natürlich, daß die Achtung, welche Emma bezeigt wird, auch auf Sie übergeht. Ich habe gesehen, daß der Geheimrat sich lange mit Ihnen unterhielt und vertraulich und freundlich war.

Das war er, sagte der Doktor, er war sehr freundlich und gütig. Er liebte meine Arbeiten und — räumte zu viel davon, sagte er nach einigem Bedenken hinzu.

Aus, und in betreff Ihrer Abhandlung, mit der Sie beschäftigt sind?

(Fortsetzung folgt.)

Auch die Warenhäuser untereinander beuzugen in unerhörter Weise die Konkurrenzklausel, indem sie ihren Angestellten verboten, bei einem andern Warenhaus eine Stellung anzunehmen. Sonst klagt man über angeblich nicht genügende Branchenkenntnisse der Angestellten und hier herrt man selbst die Verwendungsmöglichkeit von Arbeitskräften, die in der Tat über genügende Branchenkenntnisse verfügen können. Die Klausel ist für den Prinzipal ein bequemes Mittel, sich die Angestellten gefügig zu machen. Ein Unternehmer erklärte ganz offen, er wolle durch die Klausel den Angestellten garnicht an den Betrieb fesseln, sondern sich nur Ruhe vor den Wünschen nach Gehaltszulage verschaffen. (Hört, hört!) Die Angestellten fordern einmütig ein glattes Verbot der Konkurrenzklausel; die Regierung erklärt das für undurchführbar, aber ohne den Schatten eines Beweises. Auch von der Höhe des Gehalts soll die Gültigkeit der Klausel nicht abhängen, die Regierung meint, jede Zahl, die man nennen könnte, sei willkürlich. In Österreich ist es aber sehr wohl möglich gewesen, die Konkurrenzklausel für Gehälter bis zu 4000 Kronen vollständig zu verbieten. Verschiedene Bestimmungen des Entwurfes fordern geradezu einen erhöhten Mißbrauch.

Der Konkurrenzklausel heraus. Der minimale Entschädigungssatz reicht nicht aus, vor der mißbräuchlichen Anwendung der Klausel zu schützen, zumal das Gehalt der Angestellten in der neuen Stellung auf die Entschädigung angerechnet werden soll. Ich verstehe nicht, wie die Regierung, die doch durch soziale Massnahmen die Angestellten bei den bürgerlichen Parteien zu halten sucht, eine solche

politische Unmoral

zulassen kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dann sollen noch Ausnahmen von der Entschädigungspflicht zugelassen werden. Wird die Beschränkung durch die Klausel nur für die Dauer eines Jahres und für den Umkreis von zwei Kilometer ausgesprochen, so soll die Entschädigung wegfallen. Das beweist, mit wie geringer sozialer Einsicht die Regierung bei der Aufstellung dieses Entwurfes vorgegangen ist. Ferner ist dem Prinzipal die Wahl offen gelassen zwischen der Einziehung der Vertragsstrafe oder dem Bestehen auf Erfüllung des Vertrages. Das hat unter den Angestellten eine ungeheure Empörung ausgelöst. Man droht dem Angestellten mit den schwedischen Gardinen, wenn er den Vertrag nicht erfüllt. Wie kann die Regierung es wagen, eine solche

mittelalterliche Barbarei

vor den Deutschen Reichstag zu bringen. (Präsident Kaempf ruft den Redner für diesen Ausbruch zur Ordnung.) Bisher war derartige nach dem Handelsgesetz nicht möglich und es muß auch in Zukunft ausgeschlossen bleiben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Eine wirkliche Beseitigung der Mißbräuche bei der Konkurrenzklausel ist nur durch ein glattes Verbot der Klausel möglich, und dieses Verbot darf nicht auf die Handelsangestellten beschränkt sein, sondern muß sich auch auf die technischen Angestellten und alle Arbeiter erstrecken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man spricht jetzt soviel von einem einseitigen Angestelltenrecht. Der Reichstag wird gut tun, bei dieser Materie ganz einheitlich ein Verbot der Konkurrenzklausel herbeizuführen. In der vorliegenden Form bringt der Entwurf keinen Fortschritt, sondern nur weiße Salbe, die die Regierung gleich fuderweise hat anfahren lassen, um sie gleichmäßig an Angestellte und Arbeiter zu verteilen. Mit wie ungleichem Maß Unternehmer und Arbeiter gemessen werden, geht auch daraus hervor, daß die Arbeiterorganisationen über den Entwurf nicht gehört sind. Hiergegen protestieren meine Freunde aufs schärfste. (Leb! Zustimmung bei den Soz.) Die Arbeiter sind nur zusammenberufen, um ihnen begreiflich zu machen, daß ein völliges Verbot der Konkurrenzklausel undurchführbar sei. Die Herren von der Regierung sollten lieber unter den Unternehmern Vorträge halten über die

Unbilligkeit und Verwerflichkeit

der Konkurrenzklausel. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir beantragen die Verweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern und werden versuchen, sie so umzugestalten, daß den Wünschen der Angestellten Genüge geschieht. (Beifall bei den Soz.)

Trimbom (Z.): Wenn man die Konkurrenzklausel für die technischen Angestellten in diesem Gesetze nicht gleich mit regeln wollte, so hätte man doch mindestens gleichzeitig eine Vorlage machen sollen, die die Materie auch für die technischen Angestellten regelt. Bei den kaufmännischen Angestellten ist durch die Konkurrenzklausel tatsächlich ein Notstand hervorgerufen. Der wirtschaftliche Wettbewerb wird geradezu durch sie aufgehoben. Das Kölner Kaufmannsgericht, das aus ebenso vielen Prinzipalen wie Angestellten besteht, hat festgestellt, daß die Konkurrenzklausel vor allem den Zweck hat, die Konkurrenz fernzuzulassen, nicht aber den Schutz gegen den Verrat von Geheimnissen. Da muß man sich wirklich fragen, ob die Konkurrenzklausel nicht lieber ganz zu beseitigen ist. Die Vorlage verneint dies, doch keineswegs mit ausreichenden Gründen; in der Kommission muß die Regierung sicher noch viel Material beibringen, wenn sie uns von der Notwendigkeit der Konkurrenzklausel überzeugen soll. Welche Kreise des Handels und der Industrie kommen heute schon ohne die Konkurrenzklausel aus, bei der es sich vielfach nur um eine alte Gewohnheit handelt. Gelingt die völlige Beseitigung der Klausel nicht, so werden wir prüfen müssen, wie weit eine Milderung zugunsten der Angestellten in Frage kommen kann. Die Vorlage bringt da den sehr beachtenswerten Gedanken einer Entschädigung für die Angestellten, die im ersten Jahre ein Viertel, im zweiten ein Drittel, im dritten die volle Höhe des Gehalts betragen soll. Richtiger wäre es vielleicht, die Skala umzukehren, da doch gerade im ersten Jahre die Beschränkung durch die Klausel besonders hart empfunden wird. Bedenklich scheint auch die Aufrechnung des Gehalts in der neuen Stelle auf die Entschädigung. Ebenso werden wir über die bei der Entschädigung zugelassenen Ausnahmen noch eingehend in der Kommission reden müssen. Auch das Wahlrecht des Prinzipals zwischen der Erfüllung oder der Vertragsstrafe ist sehr bedenklich und muß noch eingehend erörtert werden. Wenn wir die Vorlage nach allen Umgestaltungen, die die Kommission zweifellos an ihr vornehmen wird, betrachten, wird die Mehrheit der Kommission vielleicht sagen: in die Wollschucht! (Heiterkeit.) Aber ich will nicht prophezeien. (Beifall im Zentrum.)

Thoma (M.): Wir begrüßen die Vorlage, weil wir mit ihr ein neues Stück sozialer Arbeit leisten können. Wir sind bereit, den Interessen der Angestellten soweit wie nur irgend möglich entgegenzukommen. Besser als dieses Stückwerk für eine einzelne Gruppe der Angestellten wäre allerdings die einseitige Regelung des gesamten sozialen Angestelltenrechts. Wir wollen das Gesetz so ausgestalten, daß kein Wortlaut und nicht der erkennende Richter entscheidet, was Rechtens ist. Ueberflüssiges muß wegfallen, so z. B. die ausdrückliche Aufrechterhaltung des § 138 des B. G. Es ist ganz selbstverständlich, daß Rechtsgelehrte, die gegen die guten Sitten verstoßen, nach wie vor ungültig sind. Die ganze Einrichtung der Konventionallstrafe hat etwas Kleinliches an sich. Eine großzügige Regelung der Materie müßte jede Kleinlichkeit herauslassen. Dazu rechnen wir z. B. die sogenannte kleine Konkurrenzklausel des § 75b. Der Bindung der Klausel an eine bestimmte Gehaltsgrenze könnten wir zustimmen. Mit dem sozialdemokratischen Redner stimme ich darin überein, es muß für den Fall der Ausbe-

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Glasfleiser! Bei der Firma Max Richter, Hartglasfabrik in Mügeln bei Dresden, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma verlangt von ihren Arbeitern, daß sie aus der Organisation austreten sollen; wer dies nicht bis zum Mittag deselben Tages getan hätte, sei entlassen. Die Arbeiter haben daraufhin die Arbeit niedergelegt. Es wird ersucht, keine Arbeitsangebote an die Firma zu machen und jeden Zugang nach Mügeln fernzuhalten.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe. Zur Grundlage des Verhandlungs in der Freitagssitzung lagen den Parteien drei Vorlagen vor. Der Verband der Maler beantragt die Trennung des bisherigen Tarifvertrages in einen allgemeinen Tarif für die Zentralorganisation und einen örtlichen. Begründend wurde von den Gehilfenvertretern dazu ausgeführt, daß durch ihre Vorschläge die Rechte und Pflichten der zentralen und örtlichen Organisationen klarer präzisiert, dieselben eine größere Selbständigkeit und Verantwortlichkeit und somit dem ganzen eine festere Grundlage gegeben wird. Die Tarifentwicklung werde dadurch gefördert und die Differenzen, wie sie bisher vorgekommen sind, vermindert. Die Unternehmer konnten zwar die Berechtigung der gegebenen Anregungen nicht ablehnen, lehnten aber die Vorschläge trotzdem ab, da ihre Mitglieder nicht auf so grundlegende Änderungen vorbereitet wären. Auf Anregung der Unparteiischen wurde vereinbart, im Laufe der weiteren Verhandlungen zwischen allgemeinen und örtlichen Bestimmungen zu unterscheiden und im Sinne der von der Gehilfenschaft vorgebrachten Argumente die Rechte und Pflichten der örtlichen Organisation genau festzustellen. Hierauf wurde in die Verhandlung des künftigen Tarifvertrages eingetreten, ohne daß bisher in irgend einer wichtigeren Frage eine endgültige Vereinbarung zustande kam. Die Parteien behielten sich vielmehr weitere Erklärungen und Verhandlungen über strittig gebliebene Fragen vor. Zu den allgemeinen Bestimmungen über Arbeitszeit fordern die Unternehmer die Befestigung der Festlegung der Winterarbeitszeit, während die Gehilfenvorlage an den jetzigen Bestimmungen festhält und eine größere Abstufung der verschiedenen Winterarbeitszeiten vorseht. Die Unternehmer gaben schließlich ihre Vorschläge auf, verlangten aber weitere als jetzt schon vorgesehene Ausnahmegestaltungen (Wespa) wurde protokolllarisch festgelegt, daß in Orten, in denen die Arbeitszeit länger als bis 6 Uhr abends sich ausdehnt, die örtliche Festlegung einer Kassepause durch die Organisationen zulässig ist. Die von den Arbeitern geforderte Verbesserung hinsichtlich der Überstunden und Nachtarbeit wurde als strittig noch zurückgestellt. — Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es hierauf bei den allgemeinen Bestimmungen zur Lohnfrage. Hier fordern die Gehilfen vor allem eine unabweisende Formulierung über die festzusetzenden Stundenlöhne, damit nicht Malergehilfen bei Ausübung von Anstreicherarbeiten usw. mit einem niedrigeren Stundenlohn abgefertigt werden können. Die Unternehmer wollten dagegen die jetzt bestehende Altersgrenze von 20 Jahren, bei der die höhere Entlohnung einsetzt, auf 22 Jahre hinausgesetzt wissen, was eine wesentliche Verschlechterung des bisherigen Tarifvertrages bedeuten würde. Ferner wollten sie besondere Bestimmungen über Gelegenheitsarbeiter und mit sonstigen „untergeordneten Arbeiten“ Beschäftigte eingeführt wissen. Die Arbeitgeber stimmten der Tendenz der Gehilfenforderung zu, schielten sich aber vorläufig eine weitere Erklärung vor. Die Gehilfen beantragten des weiteren den Wegfall der Zulassung einer freien Vereinbarung über die Löhne im ersten Gehilfenjahre. Die Unternehmer dagegen fordern eine Ausdehnung auch noch auf das zweite Gehilfenjahr und die bestandene Gehilfenprüfung als Voraussetzung für die tarifliche Entlohnung überhaupt. — Die Gehilfenvertreter lehnten diese geplanten Verschlechterungen aufs entschiedenste ab und verteidigten ihre Forderungen mit dem Hinweis, daß gerade die von den Unternehmern auch bei dieser Gelegenheit wieder als minderleistungsfähig hingestellten jungen Gehilfen von ihnen allgemein mit Vorliebe eingestellt werden, aus ganz bestimmten Gründen. Ferner stellten sich die Herren Meister selbst ein Armutsgesundnis aus, wenn die von ihnen nach 3- bis 4-jähriger Lehrzeit entlassenen Gehilfen nicht einmal den notwendigen Ansprüchen an einen Gehilfen unter 20 Jahren genügen würden. — Die Verhandlungen wurden auf Sonnabend vertagt. Von den weiteren Änderungen, die die Unternehmer beantragt haben, heben wir insbesondere hervor: den Wegfall der Begrenzung eines evtl. Abzuges bei Nichterfüllung einer bestimmten Gegenleistung (von 10 Proz.); den Wegfall einer Entschädigung bei auswärtigen Arbeiten, wenn tägliche Rückkehr möglich ist; eine Beschneidung der bisherigen Ansprüche auf Jahrgeldentschädigung; den Wegfall der Lohngarantie bei Arbeitslosigkeit; die Einführung von Ausnahmegestimmungen für „Werkmeister, Polierer, Vorarbeiter“ bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses. Außerdem werden gefordert eine Verschärfung der sogenannten Agitationsklausel, der Wegfall der Bestimmung über Beschaffung verschließbarer Räume, und über die Durchführung der Bundesratsbestimmung bei Verwendung von bleibhaften Farben, ferner die Festlegung der Ersatzpflicht der Organisationen oder Teile derselben bei Verstößen gegen den Tarifvertrag. Zur Sicherheit gegen Tarifverstöße soll eine Geldsumme hinterlegt werden, auch sollen Geldstrafen zulässig sein bei Tarifverstößen oder bei Nichterfüllung der Entscheidungen der Tarifinstanzen. Ueber die Frage der Arbeitsvermittlung sucht die Vorlage der Unternehmer mit unverbindlichen Bemerkungen über staatliche und städtische Arbeitsnachweise hinwegzukommen.

Streikjustiz. Vom Schöffengericht Delsnik i. B. wurde eine bisher unbescholtene verheiratete Frau zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie einige Arbeitswillige durch den Ruf „Psui!“ beleidigt haben soll. Ebenfalls wurden noch zwei andere Streikführer wegen geringfügiger Vergehen zu 14 bezw. 21 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Bestrafungen sind erfolgt aus Anlaß des Teppichweberstreiks der Firma Schent, Schmidt u. Beutler in Delsnik i. B., der bereits 14 Wochen dauert. Eine Beendigung des Kampfes ist noch nicht zu erwarten, trotzdem die Firma durch ein Kundensreiben an ihre Kunden um Nachsicht bittet, weil sie ihre Musterkollektionen nicht rechtzeitig den Kunden zustellen können. Verhandlungsversuche der Arbeiter wurden erneut von den Firmeneinhabern zurückgewiesen. Trotzdem der Streik bereits 14 Wochen dauert, hat die Firma nur wenige Arbeitswillige bekommen.

Soziales.

Der Münchener Milchstreik beendet. Nach zehntägigem Kampf endete die über München verhängte Milchsperrung mit einem grünen Flacko der Milchbauern. Der Führer der gemeinen Produzenten, sowie ein Kleinhändler und ein Molkeereibereiter begaben sich in das Ministerium des Innern, um Minister v. Soden um seine Vermittlung anzugehen. Die Konventionen waren durch einen städtischen Beamten, unseren Genossen Magistratsrat Edward Schmid sowie den liberalen Gemeindevollmächtigten J. Schön vertreten. Nach vierstündiger lebhafter Debatte kam eine Einigung zustande, daß der Milchpreis wie bisher 16 1/2 Pf. loco München pro Liter zweimal ge-

liefert und 16 Pf. loco München pro Liter einmal gelieferte Milch festgesetzt wurde. Ferner wurde der Abichluß einjähriger Milchverträge vereinbart. — Die berechneten Bauern können sich jetzt bei ihrem Führer, dem Zentrumsanimator Fischer und den wahrheitsliebenden Zentrumsmitgliedern bedanken.

Aus dem Gerichtssaal.

Schutz gegen Schulkente. Aus Dortmund wird berichtet: In eine empfindliche Strafe nahm am 6. September vorigen Jahres das hiesige Schöffengericht den Bierfahrer Wilhelm Meirik von hier. Dieser erhielt nämlich wegen ruhestörenden Lärms, Körperverletzung und Widerstands gegen den Schutzmann Köttina sechs Monate Gefängnis sowie eine Geldstrafe von 30 Mk. zubüßend. Auf die Verurteilung des Angeklagten hin hob jetzt die Strafkammer das ermittelnde Urteil auf und erkannte auf kostenlose Freisprechung. Das Gericht verordnete in dem lauten Gespräch, das Meirik mit seinen Bekannten führte, einen ruhestörenden Lärm nicht zu erlösen, und gelangte ferner zu der Überzeugung, daß nicht der Angeklagte, sondern ein anderer den Schutzmann Köttina geschlagen habe. Wenn Meirik sich bei seiner Verurteilung widersetzte, so wäre dies in einer gewissen Reputation verwerflich, da ihn Köttina als Polizeimann und in gefährlicher Weise gepöbelte hatte. Endlich stellte das Gericht noch fest, daß Köttina nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes handelte. — Der „Wert“ von Schutzmannaufträgen hat durch diesen Prozeß wieder eine besondere Beleuchtung erfahren.

Aus Nah und Fern.

Sternidel, der Raubmörder von Ringenwalde. Die Mutmaßungen der Berliner Kriminalpolizei, daß der Raubmörder Heinrich oder Schöne in Ortzig mit dem seit fast acht Jahren gesuchten August Sternidel identisch sei, haben sich als richtig erwiesen. Sonnabend nachmittag fuhr der Kriminalwachmeister Vaterlamp mit der Wache des hiesigen Erkennungsdienstes nach Ortzig. Hier ergab sich die vollständige Übereinstimmung zwischen den Fingerabdrücken. Sternidel ermorde am 10. Juni 1905 in der historischen Mühle bei Plaagwitz in Schlesien den Mühlbesitzer Knappe, einen alten Mann, mit einem Helfershelfer und steckte dann die Mühle in Brand. Es gelang damals nicht, ihn zu ergreifen. Im Laufe der nächsten Jahre verübte er noch mehrere schwere Raubtaten und bildete für die Bevölkerung einen dauernden Schrecken. Im Januar 1908 gelang es einem Gendarmen, ihn festzunehmen, doch entkam er wieder, wohl infolge mangelhafter Bewachung. Als Schöne Sonnabend unter dem Witzgeheil einer vielhundertköpfigen Menge durch Ortzig transportiert wurde, fiel es auf, daß an seiner linken Hand ein Finger verkrüppelt war. Da dies ein bekanntes Merkmal des Raubmörders Sternidel ist, verbreitete sich das Gerücht, Schöne sei Sternidel. Die Identität wurde dann durch den Erkennungsdienst der Kriminalpolizei zur Gewißheit. Da das Amtsgerichts-Gefängnis in Wriezen für einen so schweren Verbrecher keine genügende Sicherheit bietet, wurde der Mörder abends in das Landgerichtsgefängnis Frankfurt a. O. übergeführt. Den Kopf trägt er vorläufig verbunden, da ihm bei der Überführung von Ortzig nach Wriezen eine klaffende Kopfwunde beigebracht wurde. Er bleibt noch immer dabei, daß er nichts mit Sternidel zu tun habe. Als ihm der Kommissar Kasse Sonnabend früh, während er noch im Bette lag, unvermutet mit dem Namen Sternidel anredete, erwiderte er: Ich nannte Ihnen meinen Namen, was wollen Sie noch von mir. Seine drei Komplizen will er durchaus nicht kennen. Er behauptet nach wie vor, sie wären plötzlich auf einem Motorrad angekommen und hätten ihn unter schwersten Drohungen gezwungen, gemeinsam den Raub auszuführen. — Die beiden legten an der Mordtat in Ortzig beteiligten Burjchen sind gestern morgen im Bezirk des 35. Berliner Polizeireviere festgenommen worden. Es sind die neunzehnjährige und achtzehnjährige Arbeiter Georg Kersten und Franz Schliement. Sie sind dem Polizeipräsidium zugeführt worden.

Eine Braut erstickt. In Oberkassel bei Bonn wurde am Freitagabend die 20jährige Anna Held aus Transdorf von dem 23jährigen Mariolen Adam Venz aus Raub a. Rh. erstickt. Der Täter wurde nachts bei Kridinghofen verhaftet. Er will die Tat wegen angeblicher Untreue der Held begangen haben.

7 Verionen getötet. Auf der Grube Gorstir-Jwanowsky (Asien) kamen bei der Einfahrt durch Abiturz eines Förderkorbes sieben Personen ums Leben, fünf Personen wurden verwundet.

Schwere Folgen einer Benzinexplosion. Im Industrieort Wallingen (Lothringen) kam der Waimurt Wasse der Benzinkanale im Keller mit der Lampe zu nahe, sodaß diese explodierte und ein großer Brand entbrach. Die Hausbewohner, die noch schliefen, wurden durch Benzindämpfe betäubt. Wasse selbst erlitt viele Brandwunden. Der siebzehnjährige Sohn des Gendarmerechters sprang aus dem zweiten Stockwerk und schlug Alarm. Sein Vater rettete mit der Leiter drei eigene Kinder, seine 72jährige Schwiegermutter und zwei Kinder Wasses, die dem Erstickungstod nahe waren.

Ein holländischer Schoner gescheitert. Der holländische Schoner „Alfina“ von Bremen kommend scheiterte Freitagabend während eines Orkans bei Crook in der Nähe von Dundee. Von den an Bord befindlichen vier Mann wurde nur der Kapitän gerettet.

Eine gemeine Tat. In dem lothringischen Orte Hagen-lingen überfiel der italienische Arbeiter Cecondio aus Hagen und Eberich seinen Pauswirt, mit dessen Frau er ein Liebesverhältnis unterhielt, und stach ihm mit einem Rasiermesser beide Augen aus. Der Täter flüchtete und konnte noch nicht verhaftet werden.

Opfer des Eis. In Bojanowo brachen acht Kinder beim Eislaufen ein. Zwei Kinder, ein zwölf- und ein dreizehnjähriges, ertranken. Der zu den Wiederbelebungsversuchen herbeigerufene Anstaltsarzt Frost brach infolge Herzschlages tot zusammen.

Mordtäter verurteilt. Der Polizeischaffner Christian Gruel aus Bergen auf Rügen ist seit gestern verurteilt. Die Revision ergab einen Fehlbetrag von 16000 Mark an den Postkastengeldern. Die Oberpostdirektion Stettin hat eine Belohnung von 5000 Mk. auf die Ergreifung des Geflüchteten ausgesetzt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: J. H. Schartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werbtätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

dingung einer Konventionalkasse ganz ausgeschlossen sein, daß daneben oder wahlweise der Prinzipal auch noch beauftragt sein soll, die Erfüllung zu verlangen, oder einen Schaden zu liquidieren, der über die Höhe der Konventionalkasse hinausgeht. Wir haben nichts gegen die Uebernahme der Paragrafen aus dem neuen Schweizer Gesetz, der dem Prinzipal im einzelnen Falle die Beweislast auferlegt, welches denn seine gefährdeten Interessen sind. Ist die Behauptung richtig, daß es schuldwürdige Interessen der Prinzipale in dieser Richtung überhaupt nicht gibt, dann würde damit die Konkurrenzklause in der Praxis fortfallen. Arbeiten wir so in der Kommission, dann werden wir einen wirklichen sozialen Fortschritt erringen. (Bravo!)

v. Beith (R.): Der Vorzug der Vorlage ist, daß sie die bestehenden Mißstände klar zeichnet. Ob der Weg, den sie zur Befestigung dieser Mißstände angibt, der richtige ist, ist eine andere Frage. Gegen eine völlige Befestigung der Konkurrenzklause sind wir. Daß infolge der vorgelegenen Entschädigung viele Prinzipale von der Konkurrenzklause absehen werden, wie die Vorlage annimmt, halte ich für eine zu optimistische Annahme. Will man eine Gehaltsgrenze für die Konkurrenzklause festsetzen, so müßte man wenigstens auf 4000 Mark bis 5000 Mark gehen. Offenbare Mißstände müssen abgeschafft, zugleich aber auch die berechtigten Interessen der Prinzipale geschützt werden. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Weinhausen (Fp.): Die Gehilfenschaft verlangt einmütig die Befestigung der Konkurrenzklause. Ob diese hier durchzuführen ist, scheint mir trotz der theoretisch sehr warmen Rede des Herrn Trimborn noch sehr fraglich. Jedenfalls sind wir bereit, auch an ihrer Beschränkung mitzuarbeiten. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt: alles oder nichts! und wollen deshalb in der Kommission an der Umgestaltung der Vorlage mitarbeiten; sie wird dann die Einleitung zur völligen Befestigung der Konkurrenzklause sein. (Bravo! bei den Freis.) Wir bebauern nur, daß die Vorlage nicht auf die Gewerbebetriebe ausgedehnt ist. Gerade die technischen Angestellten bedürfen eines besonderen Schutzes. (Bravo! bei den Freis.)

Dombé (Vole): Wir werden in erster Reihe für völlige Aufhebung, in zweiter für möglichste Einschränkung der Konkurrenzklause eintreten.

Wermuth (Rp.): Die Vorlage wird den Wünschen der Handlungsgehilfen nicht in genügendem Maße gerecht. Die Konkurrenzklause muß auf Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse beschränkt werden; ferner darf sie bis zu einer gewissen Gehaltsgrenze überhaupt nicht gebildet werden. Auch die Karenzzeit von drei Jahren, die der Entwurf vorseht, ist zu lang. In der Entschädigungsabstufung trifft der Entwurf nicht das Richtige; gerade im Anfang wirkt die Beschränkung durch die Konkurrenzklause am schärfsten und deshalb in dieser Zeit die Entschädigung am größten sein. In diesen Richtungen muß den Wünschen der Handlungsangestellten entgegengekommen werden und das würde auch den Interessen der Prinzipale nicht widersprechen. Wir wünschen, daß uns bald ein Gesetz zur Regelung der Konkurrenzklause bei den technischen Angestellten vorgelegt werde. (Bravo! rechts.)

Behrens (Wg.): Der Entwurf löst die Frage nicht befriedigend, aber wir danken für seine Einbringung, denn wir können nun hinschreiben, was wir wünschen, das ist vor allem die völlige Befestigung der Konkurrenzklause. Den Mittelstand müßten wir auf andere Weise schützen. (Sehr richtig! bei der Wg.) Eines müßte nicht nur völlig verboten, sondern sogar unter Strafe gestellt werden: das ist der Abschluß einer Konkurrenzklause mit Minderjährigen.

Dr. Quara (SD.): Wer in der Kommission nicht für das völlige Verbot der Konkurrenzklause eintritt, trägt dazu bei, daß die prekäre Lage der Angestellten bestehen bleibt. Es wird damit jeder soziale Fortschritt im Handlungsgewerbe so gut wie unmöglich gemacht. Ich erinnere daran, daß der preussische Handelsminister die Konkurrenzklause mit dem Koalitionsrecht in Verbindung gebracht hat, sie soll auch angewendet werden, wenn ein Angestellter sich an einer dem Prinzipal unangenehmen Koalition beteiligt. Weiter will ich darauf hinweisen, daß die Schwierigkeiten, die die Liberalen darin finden, dem Bestehen der Konkurrenzklause radikal entgegenzutreten, wirtschaftlich und sozial verhängnisvoll sind. In der Brust des Herrn Weinhausen leben zwei Seelen. Die Herren wollen den Handlungsgehilfen helfen, sie wollen es aber auch nicht mit den Liberalen verderben. Vor 50 Jahren hat Schulze-Dehnsch Lassaile gegenüber betont, die Freiheit der Entwicklung bestehe darin, daß jeder unbefangt von den von der Natur in ihn gelegten Kräften den höchsten, ihm erreichbaren Gebrauch machen könne. Was ist heute von diesem Ideal geblieben? Am schärfsten sehen wir die Konkurrenzklause in der chemischen Industrie angewendet in einer mehr zulehrt. Die Gegensätze zwischen den Unternehmern und den Gehilfen haben eine so scharfe Form angenommen, daß sie es nicht einmal fertig bringen, so drückende und an das Unmoralische grenzende Fesseln zu befestigen, wie die Konkurrenzklause. Sie stehen hier vor einer Unmöglichkeit, die sich aus Ihrer gesamten Stellung ergibt, Sie können weder für das völlige Verbot der Konkurrenzklause eintreten, noch auch für das Verbot des Koalitionsrechts. In dem Sie die Konkurrenzklause zugestehen, geben Sie die Entwicklung der freien Persönlichkeit preis, vor den übermächtigen Kapitalinteressen. Wir werden in der Kommission versuchen, das völlige Verbot der Konkurrenzklause durchzuführen. Ich werde mich freuen, wenn das Zentrum uns dabei helfen wird, wenn seine Mitglieder nicht nur vorsichtige, sondern auch energische Kämpfer sein werden. Von Ihrer und der Haltung der Liberalen wird es abhängen, ob es möglich sein wird, endlich die persönliche Freiheit der Angestellten sicher zu stellen, die Sie vor 50 Jahren versprochen haben, und für die heute nur die Sozialdemokraten kämpfen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Marquardt (R.): Die gesamte Handlungsgehilfenschaft stellt die Notwendigkeit der Konkurrenzklause in Abrede. Sie dient heute einfach dem Zweck, der Konkurrenz kein eingearbeitetes Personal zuzumachen zu lassen. (Sehr richtig!) Der Entwurf genügt keineswegs den Ansprüchen der Handlungsgehilfen. Die Zulassung der Klause auf Erfüllung und auf den nichtgedeckten Schaden würde direkt eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes für die Gehilfenschaft bedeuten. (Hört, hört!) Noch garnicht berührt ist die geheime Konkurrenzklause, die auf Verabredung eines Kongerns von Prinzipalen beruht, und die Gehilfen in einer Weise bindet, die an Zeiten des Mittelalters erinnert. Wir treten für das freie Recht der Arbeit ein, das in dem Rechtsbewußtsein des Volkes wurzelt. (Bravo! links. Zuruf rechts: Was sagt aber der Hansabund dazu? Heiterkeit.)

Waldstein (Fp.) erwidert dem Abgeordneten Quara, daß die Liberalen niemals, auch Schulze-Dehnsch nicht, die Vertragsfreiheit für einen undurchbrechbaren Grundgesetz erachtet haben.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Trimborn (3.) geht die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (Jugendgerichte, Etat des Innern). Schluß 5 1/2 Uhr.

Verkauf lebender Butt
(Stieg 80 Pfg.)
am Dienstag, den 14. Jan.
von vormittags 8 Uhr ab
an der
Holstenbrücke.

Sonntag mittag 1 Uhr starb nach schwerer Krankheit mein lieber Mann und meiner Kinder treuversorgender Vater, der Maurer
H. Schult
im Alter von 46 Jahren.
Schmerzlich vermisst von den Seinen.
Johanna Schult nebst Kinder.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerk Friedhofes aus statt. Trauerfeier 2 1/2 Uhr.

Für herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Ableben unserer lieben **Elsa**, sowie Herrn Pastor Stücken für seine trostreichen Worte unseren innigsten Dank.
Wilhelm Koll und Familie.

Kinderlose Eheleute suchen abgeseht. 2-Zimmer-Wohnung, am liebsten mit Kochgas, zum 1. April. (341) Angebote m. Preis unt. LB and. Exp.

Gesucht ein erfahrenes Mädchen zu allen häuslichen Arbeiten bei gutem Lohn. Angebote unter **D S** an die Exp. d. Bl. (358)

Verloren eine Brosche mit Photographie. Abzugeben geg. Belohn. **Segebergstr. 20 II.**

Achtung!
Steinsitzer u. Berufsgen.

General-Versammlung
am Dienstag, d. 14. Januar
abends 8 1/2 Uhr.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht.
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Geschäfts- u. Vorstand-Konferenz-Bericht.
4. Jahresbericht.
5. Neuwahlen sämtlicher Ämter.
6. Stellungnahme zum Verbandstage und Wahl eines Delegierten zu demselben.
7. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen eruchtet
Der Vorstand.

Zentralverband der
Handlungsgehilfen.
Bezirk Lübeck.

Achtung!
Kolleginnen und Kollegen!
General-Versammlung

am Dienstag, d. 14. Januar
abends 9 Uhr
im **Gesellschaftshaus „Monopol“**
Johannisstraße.

Tages-Ordnung:
1. Das Theater als Bildungsmittel.
Referent: Genosse **Mehrlin.**
2. Bericht.
3. Wahlen der Funktionäre.
4. Verschiedenes. Beitragszahlung.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Eutin.
Sozialdemokratischer Verein.

Versammlung
am Mittwoch, d. 15. Januar
abends 8 Uhr
im **Estale Knickreim.**

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht.
3. Beitrag des Genossen **Korcher** über: Was ist Arbeitsschutz und wozu wird er bestimmt?
4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

In dieser wichtigen Versammlung werden alle Mitglieder gebeten, zahlreiches Erscheinen zu erwirken.

Verkauf lebender Butt
(Stieg 80 Pfg.)
am Dienstag, den 14. Jan.
von vormittags 8 Uhr ab
an der
Holstenbrücke.

Sonntag mittag 1 Uhr starb nach schwerer Krankheit mein lieber Mann und meiner Kinder treuversorgender Vater, der Maurer
H. Schult
im Alter von 46 Jahren.
Schmerzlich vermisst von den Seinen.
Johanna Schult nebst Kinder.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerk Friedhofes aus statt. Trauerfeier 2 1/2 Uhr.

Für herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Ableben unserer lieben **Elsa**, sowie Herrn Pastor Stücken für seine trostreichen Worte unseren innigsten Dank.
Wilhelm Koll und Familie.

Kinderlose Eheleute suchen abgeseht. 2-Zimmer-Wohnung, am liebsten mit Kochgas, zum 1. April. (341) Angebote m. Preis unt. LB and. Exp.

Ruhe sanft.
Es hat Gott dem Herrn gefallen, meine liebe unvergessene Frau, unsere herzensgute treuversorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Frau Maria Catharina Magdalena Schütt,
geb. **Dittscher**
heute früh 11 Uhr im 72. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen. Ihr Leben war Mühe und Arbeit. Der Herr schenke ihr den ewigen Frieden.
Allen Verwandten, Bekannten u. Freunden zeigen dieses tief betrübt an
Friedrich Schütt als trauernder Gatte.
Franz Glade u. Frau, geb. Schütt.
Heinrich Wulf u. Frau, geb. Schütt.
Friedrich Schütt u. Frau, geb. Keil
nebst 11 Enkelkinder.
Lübeck, Hamburg, Leipzig, den 11. Januar 1913.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 15. Januar, 11 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Burgtor-Friedhof hier statt.

Der
Neue-Welt-Kalender
für 1913
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Konsumverein für Lübeck und Umgegend.
e. G. m. b. H.

Die Eröffnung
unserer 24. Warenabgabestelle
Ahrensböck, Fleckenstraße 156
erfolgt
am Dienstag, dem 14. Januar 1913.

Mit der Eröffnung dieser Warenabgabestelle ist der Kreis unserer Wirksamkeit und damit unsere Leistungsfähigkeit wiederum um ein beträchtliches Stück erweitert.
Wir bitten unsere Mitglieder von Ahrensböck und näherer Umgegend durch Entnahme ihres ganzen Bedarfs an Waren in unserer Abgabestelle sich alle Vorteile der Genossenschaft zunutze zu machen und dadurch die Abgabestelle, ihr eigenes Geschäft, vorwärts zu bringen.
Im nachstehenden einen kurzen Preisauszug von den vielen von uns geführten Waren:

Streu- und Kristallzucker . . . pro Pfund	22 1/2	Weizenmehl pro Pfund	17 und 20 1/2
Würfelzucker	24 1/2	Reismehl pro Pfund	18 1/2
Brodenzucker	24 1/2	Maismehl	24 1/2
Harigrieß	24 1/2	Kartoffelmehl	18 1/2
Kindergrieß	24 1/2	Sagomehl	30 1/2
Basseinreis	26 1/2	Puddingpulver . . . pro Paket	6 und 8 1/2
Patnareis	28 1/2	Rode Gröhe pro Paket	6 1/2
Sago, Patent	28 1/2	Bacpulver	5 1/2
Sago, echt ostindischer	34 1/2	Vanillinzucker	5 1/2
Nudeln, diverse	30 1/2	Preißelbeeren pro Pfund	40 1/2
Nudeln, Faden	32 1/2	Marmelade	30 1/2

Margarine pro Pfund 64, 70, 80 und 90 1/2
Pflanzenmargarine „Palmaso“ pro Pfund 80 1/2
Petroleum pro Liter 21 1/2 Streichhölzer Paket 28 1/2
Die Unterzeichnung einer Beitrittserklärung und die Zahlung von 50 Pfg. Beitrittsgeld berechtigt zur Warenentnahme.
Beitrittserklärungen werden in der Warenabgabestelle entgegengenommen.
Der Vorstand.

Seht acht,
wenn Ihr **Palmin** Euch kauft,
'S gibt Fette, die man ähnlich tauft!
Auch statt **Palmoma** schiebt man vor
Oft das, was ähnlich klingt für's Ohr!
Drum achtet, ob auf dem Paket
Die **Firma Schlinck in Hamburg** steht!

Palmin-Plattenschnitt.
Palmoma - Platten-Butter-Margarine.

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk. (356)

la. diese **Blomen**, Pfd. **90 1/2**
bestes weißes Schmalz **90 1/2**
" b. Blon. v. 4 Pfd. pr. Pfd. **90 1/2**
Eisbeine **65 1/2**
" frisch u. gepöfelt, Pfd. **65 1/2**
" Kopf und Wein
" frisch und gepöfelt.

" **frische Kochrippen.**
Karl Lahrtz, Böttcherstr. 16.
vorm. M. Lahrtz. (359)

5 **Hasenfelle**
Kanin, Fuchs, Marbat, Altis usw.
Pferdehaare
Mähnen, Ruchschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Walmstr. 22 a.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei des **Lüb. Volksboten.**
Johannisstraße 46.

Achtung!
Geschäftstutcher und Kaufmannsarbeiter!

Versammlung
am Dienstag, d. 14. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „**Gewerkschaftshaus**“
Johannisstraße 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Wahlen.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
351) **Der Vorstand.**
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen der Mitglieder notwendig. **D. O.**

Achtung Schneider!

Unsere am Dienstag, 14. Januar fällige Mitglieder-Versammlung fällt umständlicher aus.
Dafür findet am
Mittwoch, dem 15. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „**Gewerkschaftshaus**“
eine
Versammlung
der **Damen Schneider** statt.
348) **Die Ortsverwaltung.**

Zentralverband der
proletar. Freidenker
Deutschlands.

General-Versammlung
am Dienstag, d. 14. Januar
abends 8 1/2 Uhr
im „**Gewerkschaftshaus**“
Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung:
1. Wahl des Vorstandes. Wahl der Revisoren. Wahl zum Gautag.
2. Jahresabrechnung. (347)

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 15. Januar 1913
abends 8 Uhr.

in der **Stadthalle:**
15. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Walzer- u. Operetten-Abend.
Zur Aufführung kommen u. a.:
Overture zu „Der Zigeunerbaron“
Joh. Strauß,
Polpourri aus „Die Fledermaus“
Joh. Strauß.
Die Fürstensteiner, Walzer J. Bilse.
Telefunken, Polpourri C. Marena.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger. 342

Stadthallentheater.
Direktion: G. Feldhusen.

Berliner Ensemble-Gastspiel.
Heute, Montag, 13. Jan., 8 1/2 Uhr:
Volkstümliche Vorstellung.
50 Pfg. Einheitspreis 50 Pf.
auf allen Plätzen 50.
Zum unbedingt letzten Male:
Sündenböcke.
Ganz Lübeck - lacht Tränen.
Montag, 14. Jan., 8 1/2 Uhr:
Der neue Riesenerfolg:
Die Welt ohne Männer.
In Vorbereitung: Der Baumwollkönig.
Vorverkauf bei Herrn **Friedr. Nagel,**
Markt 14. und bei Herrn **Carl Kolb,**
Kohlmarkt 21. (Reine Gebühr.) (353)

Neues Stadttheater.
Dienstag, 14. Januar 1913.
Abends 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.
100. Vorst. i. B.-Ab. 16. Vorst. i. D.-A.
Der Schmied der Madonna.
Große Oper von **Wolf-Ferrari.**
„Genaro“ **James Gayler** Mod. a. G.
Große Breite.
Mittwoch, den 15. Januar 1913.
Abends 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.
Auser Abonnement. Mittel-Preise.
Der liebe Augustin.
Operette von **Leo Fall.** 344
In Vorbereitung: **Guido.**
Ereignisstück von **Ernst Haeckel.**